

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . KZ 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbringung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

3. Jahrgang.

Mittwoch, 20. Juni 1923.

Nr. 141.

Sinowjews Ratschläge.

Von Moskau, woher die Kompromißlosen schon manche Ueberraischung lieferten, kommt eine neue: das erweiterte Präsidium der kommunistischen Internationale hat dort vor einigen Tagen eine Sitzung abgehalten, in der Sinowjew über politische-taktische Fragen referierte. Zum Schlusse der Beratungen lud Sinowjew, so heißt es in dem Berichte über die Sitzung, die Delegierten ein, an den Beratungen des Seniorenkongresses (Aeltestenrat) über die Nationalitätenfrage in den Sowjetföderativrepubliken teilzunehmen, um so mehr, da die nationale Frage beinahe in allen Sektionen eine gewisse Rolle spielt. Wie? Es gibt also wirklich eine nationale Frage und zwar nicht nur in Sowjetrußland, sondern auch „beinahe in allen Sektionen“? Wer hätte noch vor einem Jahre dieses Einbekenntnis für möglich gehalten? Nun sagt es der große Sinowjew selber und er verweist nicht nur die Delegierten darauf, daß diese Frage „eine gewisse Rolle“ spiele, er bemüht sich auch, ihnen nahezu legen, sie nicht länger zu ignorieren und alles zu tun, um schon jetzt eine Lösung der Frage zu betreiben.

Noch vor kurzem gehörte es zu den vielen, seither preisgegebenen dogmatischen Glaubenssätzen der kommunistischen Partei, daß eine Lösung der nationalen Frage in der kapitalistischen Gesellschaft schlechthin unmöglich sei, daß jede Beschäftigung mit ihr eine unnütze Zeitverwöndung bedeute und die bedingungslose Ignorierung aller nationaler Streitfragen war ein Grundgesetz der „wahren Internationalisten“, wie sich die Kommunisten selbst zu benennen beliebten. Daß die deutschen Sozialdemokraten dem nationalen Problem nicht auswichen und sich mühten, es zu bewältigen, um den Weg des Klassenkampfes zu ebnen und die Voraussetzungen für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront zu schaffen, das wurde ihnen von den wahren Internationalisten als „Sozialpatriotismus“ ausgelegt, als zwecklose Mühe, ein Fliedwerk in die Welt zu setzen, das doch nur die Aufgabe habe, die zusammenbrechende kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stützen. Noch zur Zeit, da unsere Genossen im Parlamente den Antrag auf Einziehung eines Ausgleichsausschusses zur Beratung der nationalen Frage einbrachten, hatten die Kommunisten für diesen Antrag, obwohl er auch die Unterjochten der kommunistischen Abgeordneten trug, nur Spott und Hohn, wobei sie die Bemühungen unserer Genossen auf Anbahnung eines nationalen Ausgleichs in den Augen der Arbeiterklasse dadurch herabzusetzen versuchten, daß sie sie der Absicht, in die Regierung hineinzugelangen, verdächtigten. Den Hauptstolz der Kommunisten bildete es, daß sie darauf hinweisen konnten, in ihrer Partei ständen deutsche und tschechische Proletarier einträglich vereint. Da sie die nationale Frage hartnäckig leugneten und so ihre „Einigkeit“ keiner Belastungsprobe auszuweisen brauchten, gelang es ihnen, die Fiktion, die „wahren Internationalisten“ zu sein, eine Zeitlang aufrechtzuerhalten. Wie es jetzt darum steht, zeigt, wie wir an anderer Stelle berichten, das Verhalten der tschechischen Kommunisten in einem Ort des Nachbarbezirktes, wo diese sich weigern, mit den deutschen Kommunisten eine gemeinsame Liste für die Gemeindevahl aufzustellen und, da die Parteileitung ihnen ein selbständiges Vorgehen verboten hat, sich entschlossen haben, doch lieber mit den tschechischen Sozialdemokraten als mit den deutschen Kommunisten gemeinsam in den Wahlkampf zu gehen. Die Kommunisten werden versuchen, dem Vorfall eine bloß lokale Bedeutung zuzumessen, aber erst, wenn ihr „wahrer Internationalismus“ entscheidende Belastungsproben bestehen sollte, wird man ihnen dies glauben können.

Daß sie selber einsehen, daß die Leugnung des nationalen Problems ein Kunstgriff sei, der auf die Dauer keine Wirkung verleihe, dafür spricht, daß sich die Kommunisten der Tschechoslowakei auf ihrem letzten Parteitag

Eine Wendung auf dem Devisenmarkte?

Eine leichte Besserung der Mark. — Vor neuen Stützungsmaßnahmen.

Berlin, 19. Juni. (Eigenbericht.) Auf dem Devisenmarkt ist heute eine Störung eingetreten, anscheinend, weil die französische Regierung die Markabgabe eingestellt hat, da auch der Frank zu sinken begann. Der Dollar sank auf 140.000 (147.000), das Pfund Sterling auf 643.000 (680.000), die tschechische Krone behielt ihren Kurs.

Es verlautet, daß sich nunmehr auch die Regierung endlich entschlossen hat, eine neue Stützungsaktion einzuleiten. Es steht aber noch nicht fest, welche Wege sie dabei einschlagen wird.

Heute vormittags hatte der Reichskanzler eingehende Besprechungen mit Vertretern der Banken über den Marksturz und die Devisenpolitik. Die Besprechungen wurden nachmittags fortgesetzt.

Das Organ der deutschen Volkspartei, die „Zeit“, will sogar die heute bei der amtlichen Dollarnotierung eingetretene Abschwächung schon darauf zurückführen, daß neue Maßnahmen erwartet werden, die anscheinend diesmal nicht geeignet seien, der Spekulation Einläufe auf Vorrat günstig erscheinen zu lassen.

Ultimative Forderungen der Sozialdemokraten.

Berlin, 19. Juni. (Eigenbericht.) Da kaum zu erwarten ist, daß eine Besserung in der außenpolitischen Lage bald eintritt, muß die Sozialdemokratie Maßnahmen ergreifen, die allein noch geeignet sind, die Arbeiterklasse vor dem Verfallen ins tiefste Elend zu schützen. Morgen werden der Regierung Forderungen vorgelegt werden, die die Sozialdemokratie mit allen Mitteln durchzusetzen bereit ist. Dieser Entschluß wird gleichzeitig der Regierung bekanntgegeben werden.

Die Hauptforderungen sind: Eine offizielle Erklärung, daß die Löhne und Gehälter den Preisen anzupassen sind und Vorangehen der Regierung in dieser Frage, Schaffung eines wertbeständigen Lohnsystems, Einführung der Wertbeständigkeit der Steuern, Stundungen nur noch auf Goldbasis mit Goldzins, nur wertbeständige Ruhrkredite, Einschränkung der bisherigen Kreditwirtschaft und Ausfuhrabgaben wie vor der Ruhraktion, Verdrückung der Zwangsanleihe, Vorauszahlung auf die Einkommensteuer, Reform der Vermögenssteuer, Aenderung der Devisenpolitik, Wechsel in der Leitung der Reichsbank.

Nur diese Maßnahmen können Deutschland vor der Katastrophe retten und die Sozialdemokratie wird sich mit aller Macht für ihre Durchführung einsetzen.

ein nationales Programm dadurch schützen, daß sie „Theßen zur nationalen Frage“ aufstellten. Da wurde denn klar, wie sie die nationale Gerechtigkeit verstehen! Die Theßen, deren allgemeiner Teil eine zu nichts verpflichtende Gemeinrede ist, die ebensogut oder ebenjoshlecht von jedem tschechischen Nationaldemokraten befragt werden könnte, werden zum Schlusse in „Forderungen“ zusammengefaßt, die geeigneter sind, die Herzen der tschechischen Machthaber zu erfreuen. Es wird darin die Beseitigung der nationalen und sprachlichen Vorrechte in „möglichst weitgehendem Maße“ gefordert und die „weitgehende“ Ausgestaltung und Bewegungsfreiheit der Selbstverwaltung in Gemeinde, Bezirk und Kreis. Ferner: „Regelung des Sozialwesens nach den Grundätzen weitestgehender Selbstverwaltung“, aber damit die Machthaber nicht etwa beunruhigt werden, wird gleich hinzugefügt, daß diese „weitestgehende“ Selbstverwaltung weder im Schulwesen, noch in der übrigen Verwaltung auf Grund einer territorialen oder personalen nationalen Autonomie erfolgen dürfe! Wie von einer „weitestgehenden“ die Rede sein könnte, wenn das nationale „Programm“ der Kommunisten zur Ausführung käme, das bleibt tiefstes Geheimnis des Herrn Schmeral, der mit diesem „Programm“ die deutschen Kommunisten zum Wohlgefallen der tschechischen Nationalisten gründlich über den Köffel barbierte.

Sinowjew fühlt nun, daß das bisher von den Kommunisten in der nationalen Frage betriebene Versteckenspiel ebensowenig genüge, wie die von Schmeral und Genossen betriebene Demagogie. Er hat daher in seiner Rede den Vertretern der Sektionen ein ganzes Paket von Ratschlägen auf den Weg mitgegeben. Was werden diese für Augen gemacht haben, als sie aus dem Munde Sinowjews, also eines ihrer Gottsobersten zu hören bekamen, der Standpunkt der Kommunisten zur nationalen

Frage habe „in sich etwas aus der Zweiten Internationale“! Er tadelt an der englischen kommunistischen Partei, daß sie die „ungeheure Bedeutung der nationalen Befreiungsfrage nicht begreife“ und daß sie sich „auf einen Wortradikalismus beschränke“, ohne sich weder in der irischen noch in der kolonialen Frage zu einer Aktion großen Stiles aufzuraffen. Er jagte weiter: „Die nationale Frage ist auch eine Lebensfrage der deutschen Politik“ und den gleichen Vorwurf wie den englischen machte er auch den Kommunisten in Jugoslawien, wobei er zu dem Schlusse kam, daß in der nationalen Frage bisher Nihilismus herrsche: „Unsere Partei hat bisher nicht begriffen, daß sie hinter sich die Mehrheit der Bevölkerung des Landes haben muß.“

Es ist nicht so sehr die Sorge, die „Mehrheit der Bevölkerung“ hinter seine Partei zu bringen, als der Umstand, daß die kommunistischen Reihen sich überall bedenklich lüften, der Sinowjew dazu reizt, seiner Partei zu raten, den bisherigen Standpunkt des „Nihilismus“ gegenüber den praktischen und drängenden Fragen des staatlichen und politischen Lebens zu verlassen. Solange sich die Massen mit der Phrasen von der unmittelbar bevorstehenden Weltrevolution füttern ließen, konnten er und die Seinen alle Probleme beiseiteschieben. Nun, da niemand mehr an das Kosauer Zauberwort glaubt, heißt es Farbe bekennen — auch in der nationalen Frage — und da kommt Sinowjew zu der Erkenntnis, daß der Standpunkt der Kommunisten dazu in sich eigentlich „etwas aus der Zweiten Internationale“ habe. Daß sie ihr radikales Vorgehen weiter üben, kann niemanden darüber täuschen, daß sie in der praktischen Tätigkeit für die politische und soziale Hebung der Lage der Arbeiterklasse, zu der sie sich sehr wider ihren Willen entschließen müssen, zu den Methoden und Erkenntnissen der Sozialdemokratie zurückkehren müssen. Sinowjews Ratschläge sind eine neue Abschwörung der kommunistischen Phrasologie!

Ueber Oesterreich nach Rußland.

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Während die Untersuchungskommission des deutschen Reichstags sich seit Wochen schon um die Ermittlung der Schuldigen an dem Zusammenbruch der Stützungsaktion für die Mark im April bemüht, ist die deutsche Währung von einer neuen Katastrophe ereilt worden. Binnen wenigen Tagen stieg der Dollarkurs auf 50.000, dann auf 80.000 und 90.000, jetzt hat er die 100.000 Markgrenze schon weit hinter sich gelassen. Am letzten Tage der vergangenen Woche mußten an der Berliner Börse für 1 Mark in Gold 28.000 Mark in Papier gezahlt werden. Mit dieser Entwicklung ist der Rekord der österreichischen Krone geschlagen, die ihren Tiefstand mit dem 21.000 Teile der Friedensparität erreicht hatte, bevor sie stabilisiert werden konnte. Die unheilvolle Entwicklung der deutschen Währung zeigt sich in folgender Gegenüberstellung der deutschen Mark zur österreichischen Krone: Im August 1922 zahlte man in Deutschland für 100 österreichische Kronen M. 1.25, im September M. 1.80; am 15. Juni 1923 muß man in Deutschland rund M. 150.— für 100 Kronen zahlen. Die Prophezeiung der Bestimmten, daß die deutsche Mark den Schicksalweg der österreichischen Krone gehen werde, hat sich also erfüllt. Es fragt sich nun, ob die deutsche Währung auch die nächste Etappe, die Sowjetrußland heißt, erreichen wird. Auf dem besten Wege dazu ist Deutschland bereits, es reißt über Oesterreich nach Rußland. Schon rechnet man in Deutschland kaum noch mit Hundertmarktscheinen, sondern mit Tausendern. Es ist noch gar nicht so lange her, daß der Zehntausendmarktschein ein schwer zu wechselndes Papier war, heute ist der Hunderttausendmarktschein eines der gebräuchlichsten Zahlungsmittel, bald wird er von der Million abgelöst sein. Die alljährliche Rechnung mit Millionen, von der wir noch vor wenigen Monaten aus Rußland wie von einer kaum vorstellbaren Erscheinung gehört hatten, ist uns heute zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Und noch ist keine Grenze für diese Entwicklung sichtbar: einen Bewertungsmarkstab für die deutsche Währung gibt es nicht mehr, wenn man heute für 1 Dollar 140.000 Mark zahlen muß, so kann er ebensogut morgen 1 Million und übermorgen 1 Papiermilliarde wert sein.

In den Besprechungen des Untersuchungsausschusses hat der Reichsbankpräsident D a v e n s t e i n sich mit besonderer Bestimmtheit dagegen gewandt, daß man bestimmten Kapitalisten die Schuld an dem Zusammenbruch der Stützungsaktion beimesse. Die einzelnen Wirtschaftsführer seien sich ihrer Pflicht dem Staate gegenüber wohl bewußt, dagegen habe sich die Gesamtwirtschaft in der kritischen Zeit mit Devisenübermäßig eingedeckt und damit den Zusammenbruch der Stützungsaktion herbeigeführt. Man sieht, daß der Reichsbankpräsident hier umgekehrt argumentiert wie man es sonst von den Verteidigern der kapitalistischen Wirtschaft gewohnt ist. Er beschuldigt das kapitalistische System in seiner Gesamtheit und will von den sonst üblichen Ausreden von den „Auswüchsen“ nichts wissen. In der Wirklichkeit ist aber das eine von dem andern nicht zu trennen: hat die Wirtschaft als Ganzes gegenüber den Bedürfnissen des Staates versagt, so sind auch ihre einzelnen Träger dafür haftbar. Dabei mag die persönliche Schuld in dem einzelnen Falle größer oder geringer sein; die kapitalistische Wirtschaft ist auf der Befriedigung des privaten Egoismus aufgebaut, sie nimmt auf den Staat, auf das Vaterland, nur so weit Rücksicht, als es dem eigenen Interesse als zweckdienlich erscheint.

Richtig ist allerdings, daß die Stützungsaktion durch eine selbstlose Hingabe der sogenannten Wirtschaftsführer noch längere Zeit hätte fortgesetzt werden können. Nach einer sehr vorläufigen Schätzung kann der Devisenuberschuss des deutschen Kapitals im Rußland auf mindestens zwei Milliarden Goldmark ausgehen werden. Nach der Behauptung ausländischer Wirtschaftsfachverständiger soll er wesentlich größer sein, insbesondere soll sich jenseits der deutschen Grenze wieder so viel deutscher Kapitalbesitz angesammelt haben, daß er bereits den Friedensstand überreift. Ob die eine oder die andere Schätzung richtig ist, soll dahingestellt bleiben, an der Tatsache läßt sich nicht rütteln, daß das deutsche Kapital, als die Reichsregierung die Dollarschuldenanleihe auflegte, und zur Einzahlung von Devisen aufrief, von seinen Besitzern so gut wie nichts herausgab. Die Groß-

Banken brachten die von ihnen garantierten 50 Goldmillionen auf, darüber hinaus war aus den Taschen des deutschen Kapitals nicht viel zu holen. Aber auch die Banken haben beileibe kein Opfer gebracht, denn jetzt erheben sie im Verkehr der Schatzanleihe eine so hohe Provision, daß sie ein glänzendes Geschäft für sich buchen können. Die Anleihe selbst, die dem Staat Zinsen zuführen sollte, ist ein neues Mittel geworden, um die Staatswirtschaft zu schwächen und die deutsche Währung zu ruinieren.

Mit der Staatswirtschaft geht es ebenso wie mit der Währung immer schneller bergab. Ende 1922 betrug die schwelende Schuld des Reichs 1494 Milliarden Mark, Ende Mai 1923 aber 10.275 Milliarden. Der Banknotenumlauf stieg in derselben Zeit von 1280 auf 8564 Milliarden. Die Reichsbank hatte am 30. Dezember 1922 einen Bestand an Reichsschatzscheinen im Betrag von 1184 Milliarden, am 7. Juni 1923 von 8448 Milliarden. Die Betriebe des Reichs, die Eisenbahnen und die Post arbeiten ständig mit Defiziten. Die Steuererläufe decken nicht im entferntesten den laufenden Bedarf. Die Ausgaben des Reichs werden durch die steigende Korbeneinfuhr außerordentlich ungünstig beeinflusst. Im Monatsdurchschnitt 1922 sind 10 Millionen Doppelcentner Zinkblech eingeführt worden, im März 1923 34 Millionen, im April 45 Millionen. Die Einfuhr von Reis hat sich gegen das Jahr 1922 fast verdreifacht. Außerdem müssen infolge der Ruhrbelegung viel größere Mengen von Rohstoffen, Eisenabzug, Zink- und Formeisen, Blech und Draht importiert werden. Im Monatsdurchschnitt 1922 betrug die Gesamteinfuhr 38 Millionen Doppelcentner, die Gesamtausfuhr 18 Millionen. Im April dieses Jahres war dieses Bild 64 zu 10,25 Millionen.

Die Regierung vertritt sich darauf, daß vor einer Vereinnahmung der außenpolitischen Lage, vor der Lösung der Reparationsfrage, vor der Beendigung der Abrüstung jeder Stabilisierungsversuch der deutschen Staatswirtschaft zum Scheitern verdammt sei. Selbst wenn das zutreffen sollte, so ist damit die völlige Unfähigkeit der Regierung nicht zu entschuldigen. Das Kabinett Cuno besteht nach den Behauptungen der bürgerlichen Parteien aus „disqualifizierten Persönlichkeiten“, die das Vertrauen der deutschen Wirtschaft hinter sich haben. Es zeigt sich, daß dieses Vertrauen insoweit gerechtfertigt ist, als gerade das Kabinett Cuno die Sabotage des Staates durch das Kapital ruhig geschehen läßt. Wohl mag dem französischen Nationalismus weniger an Reparationen als an der dauernden Bekämpfung von Rhein und Ruhr gelegen sein; aber ohne Zweifel hätten wir längst eine andere außenpolitische Atmosphäre, wenn das deutsche Bürgertum seine Pflicht dem Staate gegenüber erfüllt hätte. Was jetzt zu geschehen hat, das führte die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer Sonnabendausgabe so aus: „Unser ganzes Bestreben muß dahin gehen in der Art, wie es in der letzten deutschen Reparationsnote geschehen ist, die Verpfändung von Einzelobjekten unseres Finanzsystems anstelle der abzuwehrenden Gesamtkontrolle zu setzen. Dieser Ersatz wird aber nur dann gelingen und nur dann vollwertig sein, wenn die uns gegenüberstehenden Reparationsgläubiger und die künftigen Kreditgeber eine gewisse Gewährung oder wenigstens das Vertrauen dazu haben, daß nun auch auf den Gebieten der Finanzwirtschaft, die in unserer eigenen Hand bleiben, der Mißbrauch der Notendrucke seinem Ende entgegengeführt wird. Deshalb ist eine energische Steuerpolitik geradezu das dringendste Gebot der Stunde, um die Erhaltung der Finanzhoheit wenigstens auf den wichtigsten Gebieten zu retten und um die psychologischen Voraussetzungen für eine künftige Kredithilfe zu schaffen, ohne die wir doch nicht zur Sanierung kommen werden.“

Am Grabe Ferdinand Lassalles.

In einem der regnerischen trostlosen Tage des heutigen Juni, der einem buchstäblich ins Herz hineinfrüht, überquere ich auf der Eisenbahn die Grenze und fahre durch den Gedrängten ins Glatzer Land, jenes herrliche fließende Erde, um das sich die Tschechoslowaken in St. Germain und Versailles vergeblich bemühten und wo noch viele Monate später die Menschen — wie man mir erzählte — in Angst und Schrecken lebten, das Schicksal der unter nationaler Fremdherrschaft geratenen Deutschen zu teilen, bloß weil in diesem von deutschen Bauern gerodeten Lande einmal slawische Stämme gefesselt haben. Bald tritt das Gebirge zu beiden Seiten immer mehr zurück, in der Ferne verschwimmt im Nebel der Spiegeliger Schneeberg, das Wahrzeichen des Glatzer Landes, und je mehr wir uns Breslau nähern, desto weiter wird die fruchtbare schlesische Ebene, auf der übrigens gerade jetzt wenig gearbeitet wird, da der allgemeine Landarbeiterstreik ausgerufen ist.

Trotzdem die Mark von Tag zu Tag fällt, wollen die reichen schlesischen Grundbesitzer den Arbeitern, die Deutschlands tägliches Brot schaffen, nicht das zum Leben Notwendige geben, weswegen sich die Landarbeiter jetzt vor der Ente zum Streik entschließen mußten. Einigemal waren auf der Fahrt Anzüge von Landproletariern zu sehen, die unter Vorantagen einer roten Fahne ihre Entschlossenheit kundgaben in dem ihnen aufgezwungenen Existenzkampf auszuhalten.

Nach langer Fahrt — Schnellzüge gibt es auf dieser Strecke nicht mehr, wie denn über-

Keine Interventionsabsichten der Südslawen.

Rintschitsch Rede: „Gewisse Vorbereitungen.“ — Gegen den „Präventivkrieg.“ — Verteidigung der vitalen Interessen.

Belgrad, 18. Juni. (Tsch. P.) In der fortgesetzten Spezialdebatte über die Nachtragkredite forderten in der Skupstina die oppositionellen Abgeordneten Ribicovic (Demokr.), Zupnik (jowenischer Aristokrat) und Jovanovic (serbischer Agrarier) Aufklärungen über die Haltung der Regierung gegenüber dem Umsturz in Bulgarien. Außenminister Rintschitsch stellt fest, daß die Vorwürfe, als ob die Regierung den günstigen Momenten zu einer Intervention verpfaßt hätte, unbegründet seien. Eine sofortige Intervention wäre gleichbedeutend mit einem Kriege gewesen. Für einen Krieg müßten aber zureichende Gründe bestehen. **Für den Fall, daß Bulgarien den Vertrag von Neuilly verletze, wurden gewisse Schritte vorbereitet.** Zur Festsetzung einer etwaigen Verletzung ist aber Zeit erforderlich, doch selbst im Falle einer Verletzung wäre vor Einleitung einer Aktion die Verständigung mit den Verbündeten notwendig. Außerdem müßte vor einer bewaffneten Intervention die Mobilisierung durchgeführt werden, da an der Grenze keine aktionsbereiten Truppen bereitgestellt sind. Eine Intervention zur Verhinderung etwaiger zukünftiger Ereignisse entspricht der bekannten Theorie der

Präventivkriege.

Diese Theorie ist aber gefährlich, weil sie große Mißbräuche zuläßt, und deshalb müssen wir schon aus Prinzip gegen jeden Präventivkrieg sein. Im vorliegenden Falle fragt es sich, ob bisher tatsächlich bereits unsere vitalen Interessen bedroht sind. Selbst wenn wir allein daständen und Bulgarien mit neuen Verbündeten sich vereinigen würde, wären wir doch noch stark genug für eine Abwehr. Den Versicherungen der neuen bulgarischen Regierung kann man vertrauen oder nicht. Zu einer Stellungnahme würde sich aber erst dann der Moment ergeben, wenn sie den

Vertrag von Neuilly verletzt.

Die Behauptung, daß durch die Teilnahme der bulgarischen Armee an dem Umsturz der Vertrag verletzt worden sei, ist nicht zutreffend. Die bulgarische Armee wurde gemäß diesem Vertrage nicht wegen der inneren Politik, sondern zwecks Verminderung der Gefahren für eine kriegerische Verwicklung abgebaut. Mazedonien ist uns durch internationale Verträge für immer zuerkannt. Wir haben es deshalb nicht notwendig, von den einzelnen bulgarischen Ministerpräsidenten neuerliche Anerkennung zu verlangen.

Der Vergleich mit der Intervention Frankreichs im Ruhrgebiet oder mit der Intervention der Kleinen Entente in Ungarn ist nicht zutreffend.

Frankreich habe sich zur Okkupation des Ruhrgebietes erst dann entschlossen, als es nach monatelangen Unterhandlungen feststellen mußte, daß Deutschland seinen Verpflichtungen, die ihm der Friedensvertrag auferlegte, nicht nachkommen will. Ebenso erfolgte die Intervention der Kleinen Entente in Ungarn erst dann, als

Vom Standpunkt der deutschen Arbeiterklasse aus wäre dazu noch zu sagen, daß sie nicht warten wird, bis die deutsche Volkswirtschaft das russische Vorbild erreicht und die völlige Verelendung des Proletariats herbeigeführt hat. Gerade der neue Marxismus zeigt ihr, daß es die höchste Zeit ist, an die Sicherung der eigenen Existenz zu denken. Darum haben die Gewerkschaftsleitungen die Forderung des wirt-

schaflichen Lebens, das Klingeln der Elektrischen Bahn bis an den Rand dieses Gartens des Todes. Sonderbar die Gegend. Auf der einen Seite der Straße das mächtige Gebäude des städtischen Elektrizitätswerkes, auf der anderen Seite Stiftungshäuser von Wohlthätern aus guter alter Zeit. Die Ergebnisse des Zeitalters der modernen Technik, mit dem Surren der Maschinen der Ausdruck einer Generation, die keine Ruhe finden kann, gegenüber aber die Zeichen der alten Gottseligkeit und Ehrbarkeit und dahinter der alte Judenfriedhof mit dem Grabe eines Frühverstorbenen, dessen Leben wie ein Meteor aufleuchtete und in die ewige Dunkelheit verschwand.

In dem Büro der Friedhofverwaltung erhält man sofort genaue Auskunft, wo sich Lassalles Grab befindet, es kommen viele Genossen hierher gepilgert, vor einiger Zeit waren — wie ich hörte — mehrere Genossen aus Trautenau da. Der Friedhof selbst ist ein wundervoll stiller Garten, gleich beim Eingang sind Grabsteine aus früheren Jahrhunderten, ähnlich wie auf dem alten Judenfriedhof in Prag. Durch eine düstere Pappelallee, die sich ganz ins Dunkel verliert und dadurch etwas Geheimnisvolles an sich hat, wandere ich weiter, um dann links abzubiegen und an der östlichen Mauer des Friedhofes weiterzugehen. Nicht liegt ein Grab hier neben dem anderen. Endlich erblicke ich den Namen Lassalle (so schrieben sich Lassalles Eltern). Es ist ein Erbgebäude der Familie, ein säulengetragener Bau schließt die Begräbnisstätte ab, die von einem Eisengitter umgeben ist. Innerhalb des Gitters sind drei Grabhügel. Links liegt Heymann Lassalle, unseres Lassalles Vater, in der Mitte die Mutter Rosalie, und rechts ein von dichtem Eisen be-

Bulgarien bleibt friedlich.

Sofia, 19. Juni. Der neue bulgarische Minister für auswärtige Angelegenheiten und ehemalige Adjutant des Königs Boris, Aristo Kalow, erklärte dem Sofioter Berichterstatter des Bulgarischen Blattes „Dimineata“, es sei der Wunsch der neuen bulgarischen Regierung, in voller Freundschaft mit Rumänien zu leben. Bulgarien werde alle Schulden bezahlen, zu denen es sich im Friedensvertrag verpflichtet hat. Es wird die von der früheren Regierung unterbrochenen Verhandlungen weiterführen, damit zwischen Bulgarien und Rumänien die bisher ungelösten Fragen liquidiert werden. Die allgemeine Politik der neuen Regierung werde entschieden und aufrichtig sein, damit die materielle und moralische Erneuerung Bulgariens ermöglicht werde. Kalow sagte weiter, daß Leute des Regimes Stamboljiski und des gewesenen Königs Ferdinand niemals Bulgarien im Auslande vertreten werden. Ueber den Prager Vertreter Dassalow äußerte er sich dahin, daß er bereits vorigen Freitag zur Uebergabe der Gesandtschaft aufgefordert wurde. Schließlich führte er aus, daß der ehemalige König Ferdinand dem Umsturz vollkommen fernstand, da die Aktion spontan war. Ihre Ursache war die Bedrückung der Städte durch das Land.

Die rumänischen Blätter hehen.

Bularest, 19. Juni. „Univerfal“ betont, daß die Außenpolitik der neuen bulgarischen Regierung wehrhaftig ist und den Nachbarn mit Recht verdächtig sein muß. „Dimineata“ konstatiert das tragische Schicksal Stamboljiskis und sagt, daß die rumänische öffentliche Meinung die in Bulgarien verübte Tat an den Pranger stellt. Die gegenwärtige Demokratie lehnt ähnliche Mittel gegen jedwede Persönlichkeit ab. Die neue bulgarische Regierung wird schwerlich den Blutsied nach Stamboljiski reinwaschen.

beständigen Lohns aufgestellt, die unverzüglich durchgeführt werden muß. Bisher haben die Arbeiter immer aufs neue eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage abzuwehren müssen. Nunmehr muß die Grundlage geschaffen werden, von der aus der Kampf um eine Verbesserung des Einkommens geführt werden kann.

gelegten sein, jetzt dringt der Lärm großstädtischen Lebens, das Klingeln der Elektrischen Bahn bis an den Rand dieses Gartens des Todes. Sonderbar die Gegend. Auf der einen Seite der Straße das mächtige Gebäude des städtischen Elektrizitätswerkes, auf der anderen Seite Stiftungshäuser von Wohlthätern aus guter alter Zeit. Die Ergebnisse des Zeitalters der modernen Technik, mit dem Surren der Maschinen der Ausdruck einer Generation, die keine Ruhe finden kann, gegenüber aber die Zeichen der alten Gottseligkeit und Ehrbarkeit und dahinter der alte Judenfriedhof mit dem Grabe eines Frühverstorbenen, dessen Leben wie ein Meteor aufleuchtete und in die ewige Dunkelheit verschwand.

In dem Büro der Friedhofverwaltung erhält man sofort genaue Auskunft, wo sich Lassalles Grab befindet, es kommen viele Genossen hierher gepilgert, vor einiger Zeit waren — wie ich hörte — mehrere Genossen aus Trautenau da. Der Friedhof selbst ist ein wundervoll stiller Garten, gleich beim Eingang sind Grabsteine aus früheren Jahrhunderten, ähnlich wie auf dem alten Judenfriedhof in Prag. Durch eine düstere Pappelallee, die sich ganz ins Dunkel verliert und dadurch etwas Geheimnisvolles an sich hat, wandere ich weiter, um dann links abzubiegen und an der östlichen Mauer des Friedhofes weiterzugehen. Nicht liegt ein Grab hier neben dem anderen. Endlich erblicke ich den Namen Lassalle (so schrieben sich Lassalles Eltern). Es ist ein Erbgebäude der Familie, ein säulengetragener Bau schließt die Begräbnisstätte ab, die von einem Eisengitter umgeben ist. Innerhalb des Gitters sind drei Grabhügel. Links liegt Heymann Lassalle, unseres Lassalles Vater, in der Mitte die Mutter Rosalie, und rechts ein von dichtem Eisen be-

Inland.

Gefinnungsmißbilligung der Militärbehörden.

Teplitz, 19. Juni. (Eigenbericht.) Die österreichische Methode der Ausschüsse der Gefinnung der Bevölkerung scheint von den Militärbehörden in der Tschechoslowakei in ein vollkommeneres System gebracht worden zu sein. Man scheint sich nicht, Einrichtungen, die für die Arbeiterschaft geschaffen wurden, dem Militarismus zur Verfügung zu stellen und für Spiegeleien zu mißbrauchen. Nichts anderes ist es, wenn die Leitung der militärischen Industrie-Gruppe in Brüx für die Wahlen der Betriebsausschüsse besonderes Interesse bekundet, wenn sie an eine Aufstellung über die politische Gefinnung der Betriebsauschüßmitglieder und über das parteimäßige Ergebnis der Wahlen schreitet. Ganz unverständlich aber ist es, daß ein Gewerkschaftsinspektor dazu seine Hand bietet und die Betriebsauschüsse auffordert, die Parteizugehörigkeit der Mitglieder bekanntzugeben. Dem Gewerkschaftsinspektor sollte bekannt sein, daß eine solche Verpflichtung für die Betriebsauschüsse nicht besteht und wir erwarten auch, daß diese Tätigkeit des Gewerkschaftsinspektorates eingestellt werden wird. Die Betriebsauschüßmitglieder fordern wir auf, alle Anfragen und alle Fragebogen über das Ergebnis der Wahlen abzuweisen.

Zur innerpolitischen Lage. Gestern und heute fanden die entscheidenden Beratungen der Koalition über das Arbeitsprogramm des Abgeordnetenhauses statt. Das Abgeordnetenhause wird um zwei Tage später als ursprünglich geplant, das ist am 28. Juni, zusammenzutreten. In dieser ersten Sitzung soll das Gesetz über die Krankenkassen einer Erledigung zugeführt werden, weil dieses Gesetz bis 1. Juli terminiert ist und weiter soll den Ausschüssen die Sozialversicherungsvorlage und die Novelle zur Vermögensabgabe zugewiesen werden. Eine weitere Sitzung soll Dienstag, den 3. Juli stattfinden. Ueber die Sozialversicherungsvorlage sind die Verhandlungen innerhalb der Koalition bereits beendet. Mit der Frage der Novellierung der Vermögensabgabe und der Vermögenszuwachssteuer befaßt sich die Finanzprüfung, welche die definitiven Sätze festlegen soll. Bei der Novellierung dieser Gesetze wird man wohl auf die bisher gemachten Erfahrungen Rücksicht nehmen. Im übrigen hat bekanntlich Präsident Masaryk das seinerzeitige Gesetz nur mit Vorbehalt sanktioniert. Er drückte damals gegenüber dem Finanzminister die Vermutung aus, daß das Gesetz sehr bald einer Ueberprüfung bedürfen werde. Die Frage der Pölle endlich befindet sich noch nicht in einem konkreten Verhandlungsstadium.

Die wahren Internationalisten. Die Kommunisten in der Tschechoslowakei geben vor, sie seien die einzigen und echten Internationalisten, weil es ihnen gelingen wäre, tschechische und deutsche Proletarier in ihren Organisationen einheitlich zusammenzufassen. Ein ehestehende Tatsache jedoch, die nun neuerdings ihre Festigung erfährt, ist es, daß sich die tschechischen, zu 50 Prozent staatsverhaltenden, Kommunisten mit ihren deutschen Parteigenossen sehr schlecht oder überhaupt nicht vertragen. So hat in einem Ort des Karbiyer Gebietes eine gemeinsame Versammlung der tschechischen Sozialdemokraten und der tschechischen Mitglieder der kommunistischen Partei stattgefunden. mit dem Zwecke, die Positionen der tschechischen Minderheit zu retten. In dieser Versammlung, in der auch Redakteur Krnaußky vom „Pravo Lidu“ sprach, erklärten die tschechischen Kommunisten, daß sie die Führung der kommunistischen Partei um die Erlaubnis gebeten hätten, selbständig als tschechische Kommunisten in die Gemeinde-

decker Hügel, unter dem Luffalle begraben liegt. Vor dem grünen Grabhügel steht ein Block von weißem Marmor, auf dem sich unter Glas eine Tafel mit der folgenden Inschrift befindet:

Hier ruht
was sterblich war
von
Ferdinand Lassalle
dem Denker
und Kämpfer
geb. d. 11. April 1825
in Breslau
gest. d. 31. August 1864
in Genf.

„Nur 39 Jahre alt geworden!“ das ist wohl der erste Gedanke, der jeden befällt, der die Inschrift gelesen hat. Welch großen Werte hätte der in der Blüte seine Jahre von der Angel eines rumänischen Böhren Gefälle schaffen können! Oder hätte sich dessen eigenwillige geradezu krankhaft selbstbewusste Persönlichkeit in die Entwicklung der Arbeiterbewegung eingeordnet? Hätte die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung länger gedauert, wenn der Allgemeine deutsche Arbeiterverein, Lassalles Gründung, von seinem Begründer statt von Schweitzer geleitet worden wäre? Hätte sich Lassalle so sehr in den Dienst Bismarcks gestellt, der sich damals schon mit dem Gedanken des allgemeinen gleichen Wahlrechts trug — um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen und ihr im Proletariat einen gefährlichen parlamentarischen Gegner zu schaffen — oder hätte er sich bald von ihm losgerissen und ihn so scharf bekämpft, wie es Bebel und Liebknecht

wahl zu gehen, daß die Führung dies abschätze und sie im Falle ihrer Widerlegung mit dem Ausschluß bedrohte. Die tschechischen Kommunisten erklären nun im sozialdemokratischen „Pravo Lidu“, daß sie sich diesem antischechischen und antisozialistischen Diktat nicht unterwerfen und daß sie in die Gemeindevahlen einheitlich mit der tschechischen sozialdemokratischen Partei eintreten. Es ist selbstverständlich, daß die kommunistische Presse diese Versammlung torkelnd überläßt.

Aus Klimas Putsch. Wir haben uns in der letzten Zeit schon zu wiederholtenmalen mit den Methoden des Kaschauer Polizeidirektors befaßt. Klima, der schon zahlreiche Zufahrenstücher ausgeführt hat, führt in seinem Kampfe gegen alles, was sozialistisch ist, fort. Er betätigt sich eben als Obmann des Kaschauer „Sokol“ und der Kaschauer nationaldemokratischen Organisation auch in seinem Amte als Polizeidirektor. Der tschechischen nationalsozialistischen Eisenbahnerorganisation wird aus Kaschau telegraphisch mitgeteilt, daß die Kasse und die Wohnung des Eisenbahndirektors Schleyder amtlich verpfändet wurden. Man spricht auch davon, daß Klima gegen Schleyder einen Haftbefehl erlassen habe. Auf der Polizei von Kaschau seien alle Vorbereitungen zur Hausdurchsuchung bei den Funktionären der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der tschechischen nationalsozialistischen Partei getroffen. Polizeikommissar Klima habe öffentlich erklärt, daß er Schleyder aus Kaschau expedieren werde. Polizeikommissar Klima hat offenbar den Umstand, daß Schleyder in Böhmen auf Urlaub weilt, dazu benützt, gegen ihn, als gegen einen mißliebigen Parteigänger, zu einem entscheidenden Schläge auszuholen. Die tschechischen Nationalsozialisten sind über die Verfolgung Schleyders in große Aufregung geraten. Senator Alofaß veröffentlicht im Abendblatt des „Ceske Slovo“ einen äußerst scharfen Artikel, in dem er darauf hinweist, daß ein derartiges Vorgehen nicht einmal im alten Österreich möglich gewesen wäre. Alofaß fordert den Justizminister auf, dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft in Kaschau, auf deren Befehl Klima handle, zu verantworten und erklärt, daß hinter Schleyder die ganze Partei stehe. Die Aufregung kommt reichlich spät. Es wäre gut gewesen, wenn die tschechischen Nationalsozialisten schon vor einem Jahre, als die feigenreiche Tätigkeit des Herrn Klima begann, sich zu einer entschiedeneren Haltung aufgerufen hätten. Herr Klima hat damals mit der Perfektion der Kommunisten begonnen, um heute mit der Perfektion der tschechischen Nationalsozialisten nicht zu enden. Es ist sicher, daß Klima seine Tätigkeit nicht früher aufgeben wird, bevor er nicht besetzt ist — oder von der nationaldemokratischen Bürokratie besetzt wird.

Der Strafantrag im Münchner Hochverratsprozeß.

München, 19. Juni. Im Hochverratsprozeß Fuchs und Genossen beantragte der Staatsanwalt gegen den Hauptangeklagten Fuchs lebenslängliches Zuchthaus, dauernden Ehrverlust ohne Zuerkennung mildernder Umstände. Weiter beantragte er zehn Millionen Geldstrafe. Gegen den tschechisch-slowakischen Staatsangehörigen Munk wurden fünf Jahre Zuchthaus bei zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, und 50 Millionen Mark Geldstrafe, gegen den Vorsitzenden des Münchner Blücherbundes Oberleutnant Berger zwei Jahre Festung und 300.000 Mark Geldstrafe, gegen den Angeklagten Rudolf Gutermann ein Jahr und fünf Monate Festung und eine Million Geldstrafe, gegen seinen Bruder Richard Gutermann Freispruch beantragt. Das Urteil wird in 14 Tagen gefällt.

raten? Hätte Lassalle ebenso wie Bebel und Liebknecht die Feuerprobe von 1870-71 bestanden? All das müssen ewig ungelöste Fragen bleiben, die manchem ewig graue Theorien sind, die einen aber gleichwohl beschäftigen, wenn man am Grabe des Mitbegründers unserer Bewegung steht.

Ein kurzes Leben von ungeheurer Vielseitigkeit war es, das am 31. August 1864 so überraschend geendet hatte. Wenn der Mann von sich selbst sagte, daß er mit dem Wissen eines Jahrhunderters ausgerüstet sei, so kommt darin wohl Lassalles Selbstbewußtsein zum Ausdruck. Aber dieses Selbstbewußtsein gründete sich tatsächlich auf ein gewaltiges Wissen, das die verschiedenartigsten Gebiete menschlicher Geistestätigkeit umfaßte: Ein tiefgründiger Philosoph, dessen philosophisches Hauptwerk sich in dem schwer verständlichen Philosophen des Mittelalters, Averroës, der den Beinamen des „Lunaten“ trägt, ausludete; ein theoretischer Jurist, dessen „System der erworbenen Rechte“ noch heute Bewunderung erregt; ein praktischer Jurist, der ein Jahrzehnt für die Rechte einer von ihrem Mann verfolgten Frau eintritt; ein Nationalökonom, dessen Rede über die indirekten Steuern sich so frisch liest, als wäre sie eben erst gestern gehalten worden; ein Politiker, der die Arbeiter zu politischem Leben erweckt hat, und ein Dichter, der das gedankenvolle und im Inneren aufwühlende Drama „Franz von Sickingen“ geschrieben, dem sich Lassalle geistesverwandt gefühlt hat; denn wie Sickingen der Abelige ein Häupter der feudalen Gesellschaft war, war Lassalle, der Sohn einer

Der Ausbruch des Aetna.

Ein furchtbarer Lavaström. — Kleine Gemeinden vernichtet.

Catania, 19. Juni. (Havas.) Der Lavaström aus dem Hauptkrater ergießt sich in die Täler und wälzt sich in einer Höhe bis zu zehn Meter und mit einer Geschwindigkeit von 20 Meter in der Stunde über die Felder, Auf dem Abhang des Vulkanus haben sich zahlreiche neue Eruptionsstellen gebildet. Hunderte von Flüchtlingen wurden auf Lastautomobilen in Sicherheit gebracht. Der Minister für öffentliche Arbeiten ist aus Rom in die betroffenen Gebiete abgereist.

Rom, 19. Juni. (Havas.) Die „Tribuna“ berichtet aus Messina, daß erstarrende Lava vom Aetna bis nach Giarгина gelangt. Der Lavaström vernichtete einige kleine Gemeinden, und ist bisher nicht zum Stillstande gekommen; seine Schnelligkeit hat sich vielmehr noch vergrößert, so daß er sich nurmehr wenige Meter von der Station Cerro entfernt befindet. Die Ortschaft Linguglossa, um die im Laufe des gestrigen Tages italienische Truppen Gräben aufgeworfen haben, damit der Lavaström abge-

lenkt werde, ist in größter Gefahr, vom Lavaström überspült zu werden.

Da die Verbindung mit Catania wieder hergestellt wurde, erfährt man endlich zusammenhängende Nachrichten über den Beginn der Naturkatastrophe. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag ging dem Ausbruch des Aetna ein langanhaltendes unterirdisches Donnern voraus, das den Berg so erschütterte, daß die Villen und Häuser zu wanken begannen. Bei Sonnenaufgang war der Aetna ganz in Rauch gehüllt. Als die Rauchwolken sich teilten, sah man die Öffnungen von fünf neuen Kratern, aus denen große Massen von Lava ausströmten. Gleichzeitig brach aus dem Hauptkrater eine riesige Lavafälle aus, die im ersten Ansturm alles überrollte, was sich ihr in den Weg stellte. Die Bevölkerung flüchtete in entsetzlicher Hast nach Catania, von wo aus ihr Lastautomobile zur Hilfe eingeschickt wurden. Bis zum heutigen Tage sind etwa 30.000 Flüchtlinge nach Catania unterwegs.

Der Kampf um Goldlöhne.

Berlin, 19. Juni. (Wolff.) Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften verhandelten heute mit dem Reichsarbeitsministerium über die Einführung wertförmiger Löhne. Die Besprechung ergab, daß sich die Ansichten des Arbeitsministeriums und die Vorschläge der Gewerkschaften teilweise in gleicher Richtung bewegen, über entscheidende Punkte jedoch noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Man hofft, schon im Laufe der nächsten Woche durch gemeinsame Verhandlungen zur endgültigen Regelung zu gelangen.

Berlin, 19. Juni. (Wolff.) Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Angestellten haben heute abends zu einer Verständigung geführt. Der Teuerungszuschlag wird auf 6000 vom Hundert ab 16. Juni erhöht.

Wirtschaftsvertrag mit den Sowjetstaaten.

Berlin, 19. Juni. (Wolff.) Der Reichstag nahm in allen drei Lesungen den Gesetzentwurf über einen Wirtschaftsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Sowjetrepubliken, der Ukraine, Weißrußland, Georgien, Aserbeidschan, Armenien und der Republik des fernen Ostens an.

Der Abbau des passiven Widerstandes.

Was Frankreich fordert.

Paris, 19. Juni. (Havas.) Wie „Matin“ aus Brüssel berichtet, werden die französische und belgische Regierung den passiven Widerstand Deutschlands als eingestelltes ansehen, wenn der Reichspräsident die Verordnungen widerruft, durch die der Beamtenschaft der Streikempfohlen wurde, und sobald jede zur Verlängerung der Streikbewegung gewährte finanzielle Unterstützung eingestellt ist.

Erhöhung der Fahrpreise um Hunderte Prozent.

Berlin, 19. Juni. (Eigenbericht.) Der Reichseisenbahnrat hat beschlossen, vom 1. Juli ab die Fahrpreise auf den Reichseisenbahnen in der 3. und 4. Klasse um 200 Prozent und in der 1. und 2. Klasse um 300 Prozent zu erhöhen. Die Gütertarife werden um 250 Prozent erhöht werden.

reichen Breslauer Kaufmannes, der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Alles, was Lassalle anpöde, hat er mit gewaltiger Leidenschaft verfolgt, eine Leidenschaft, die zuweilen hemmungslos und die auch die Männe w.r. die ihn verzehrte.

Wie ich da firierend an dem Grabhügel stehe, erinnere ich mich an ein Wort Lassalles, das immer wieder auf deutschen und österreichischen Vereintogen zitiert wurde und an das einmal Zeller, auch ein Frühverstorbenen, angeknüpft hat, ein Wort, in dem die Nachfahren Viktor Adlers erziehen sind: daß es das Wesen aller Taktik sei, alle Kräfte im gegebenen Augenblick auf einen Punkt zu konzentrieren und weder nach rechts noch links zu schauen. Dieser Satz enthält die Vereinigung des prinzipiellen Standpunktes mit dem realpolitischen, was dann Bebel in den Jahrzehnten nach Lassalles Tode in der parlamentarischen Taktik der Sozialdemokratie überhaupt fortentwickelte. Dieser Grundgedanke, durch den Lassalle auch zum Begründer der Taktik der sozialdemokratischen Partei wurde, hat uns schon so oft von Sieg zu Sieg geführt, er wird uns über alle Hindernisse einer für das Proletariat in Deutschland und in allen anderen Ländern schweren Zeit zum Siege des Sozialismus führen, wird verwirklichen, was auch Lassalle ersehnt, wofür er „der Denker und Kämpfer“ war!

Breslau, den 16. Juni 1923.
Emil Strauß.

Neue Befehlungen.

Ludwigshafen, 19. Juni. (Wolff.) Die Zuckfabriken in Frankenthal, Friedenau und Oßstein sind gestern von den Franzosen besetzt und einies Vorräte beschlagnahmt worden. Man nimmt an, daß sich das Vorgehen ähnlich wie in der Badischen Anilinfabrik oder in den Köchler Hardwerken gestalten wird. In Oßstein haben die Arbeiter den Betrieb sofort stillgelegt.

Kampfanlage der Radikalen an Poincaré?

Paris, 19. Juni. (Sch. P.) Die demokratische Linke des Senats, also die Fraktion der Radikalen, hat gestern Stellung genommen zur Erklärung Poincarés über den Ausschluß der Radikalen aus der Regierungsmehrheit. Die Fraktion hat ihren Vorsitzenden beauftragt, sich mit Poincaré über die so geschaffene Lage zu unterhalten. Vor dieser Unterredung soll eine Debatte im Senat erfolgen und zwar jedenfalls noch vor Beendigung der Budgetberatung.

Das alte französische Lied.

Paris, 19. Juni. (Havas.) Im Senat betonte in Verhandlung des Budgets Finanzminister de Lasteyrie, daß Frankreich die Militär- und Zivilausgaben reduziert hat. Er verwies auf die Steuerbelastung aller Franzosen, erinnerte daran, daß zum erstenmale das allgemeine Budget durch die Steuererträge in Gleichgewicht gebracht wurde und fügte hinzu, daß das Ausland, das seine verunheilten Gebiete habe, sich nicht recht der Notwendigkeit von Anleihen zur Deckung der notwendigen Ausgaben bewußt sei, und nicht genügend sehe, was für ein Skandal es ist, daß Frankreich verpflichtet ist, sich für die Erneuerung der verunheilten Gebiete zu verhalten, während das überwundene Deutschland seine Zahlungen verweigert und alle Einnahmsquellen der Entwicklung der Industrie zuzuwende, um einen Wirtschaftsweltkrieg eröffnen zu können. Schließlich betonte der Redner, daß Frankreich fest entschlossen ist, Deutschland zur Zahlung zu zwingen, und daß die Welt Vertrauen in die Wiedervernennung Frankreichs hegen könne.

Deutschnationale Lumen.

Berlin, 19. Juni. Im Landtag führte der preussische Minister des Innern Severing mit Bezug auf die wirtschaftliche Not aus: Gegenüber dem katastrophalen Marktlage brauchen wir die Veruhigung der Massen. Auf Zwischentritt der Kommunisten erinnerte er daran, daß die Kommunisten selbst erklärten, die Übernahme der Regierung durch ihre Partei würde zunächst keine Proverberilligung bringen, sondern eine Proverberierung. Auf den kommunistischen Zuruf: „Übergebe!“ fuhr Severing fort: „Ich will nicht behaupten, daß die schlechte Lebenshaltung der russischen Bevölkerung vorübergehend gewesen ist“, was stürmischen Beifall rechts und große Erregung bei den Kommunisten hervorrief. Der Minister besprach sodann den Fall Schlageter und legte dar, daß die Verhaftung Schlageters durch Verrat der Rohbadleute Schneider und Gös erfolgte. Der Minister verlor sodann die amtlichen Protokolle, worauf die erwähnten Rohbadleute zugaben, 700.000 Mark von den Franzosen für Zerränge in Essen erhalten zu haben. Der Vertreter Schlageters Schneider, sagte Severing, ist der entscheidende Mann, der bestimmt war, mich umzubringen, aber seine Auftraggeber berichteten, meine Ermordung sei unmöglich, da ich jaugt von der Polizei geschützt bin. Gleich sind das Lumen, aber Sie (sagte Severing) in den Deutschnationalen angewandt) ich habe diese Lumen. Der Minister brachte im weiteren Verlauf seiner Rede noch ähnliche Enthüllungen über deutschnationale Parteigänger vor.

Der Sturz der Polenmari.

Warschau, 19. Juni. Heute vormittags hat das Finanzministerium ein zeitweises Verbot von Transaktionen mit Valuten an den polnischen Börsen erlassen, was einer Schließung der Valutenbörsen bis auf Widerruf gleichkommt.

Revision des Liza-Prozesses.

Budapest, 18. Juni. (U.S.P.) Vor der königlichen Tafel begann heute die Appellationsverhandlung im Prozesse wegen der Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza. Der Strafgerichtshof hatte bekanntlich den Journalisten Paul Kery wegen Aufstiftung des Mordes zum Tode, den Angeklagten Marcel Gärtnert wegen Mithilfe zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt, den Angeklagten Schriftsteller Ladislav Kery freigesprochen. Für die heute beginnende Appellationsverhandlung verblieben nur zwei Angeklagte, da Paul Kery seinerzeit im Wege einer Austausch-Aktion nach Rußland ausgeliefert worden ist. In der heutigen Verhandlung erklärte der Verteidiger Kery, daß dieser jederzeit bereit sei, vor dem Gericht zu erscheinen, und beantragte, daß die Angelegenheit Kerys verhandelt werde. Der Gerichtshof lehnte den Antrag des Verteidigers ab.

Ungarns Nordzentrale.

Budapest, 18. Juni. (Sch. P.) In der gestern abgehaltenen außerordentlichen Generalsversammlung des Vereines der erwachenden Ungarn hat die gesamte bisherige Leitung demissioniert. An ihre Stelle tritt ein Exekutivkomitee, dem unter anderen Ivan Hejas, Paul Pronay und der Abgeordnete Georg Hegedüs angehören.

Der numerus clausus in Polen.

Warschau, 19. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterrichtsausschusses wurde nach längerer Debatte der Gesetzentwurf über die Einführung des numerus clausus an den Hochschulen für die nationalen, konfessionellen und sprachlichen Minderheiten angenommen.

Anatole France gegen den „bewaffneten Frieden.“

Jean Jaurés, der Führer.

In der Vaterstadt Jaurés, Caen, wurde sein Denkmal enthüllt. Ergreifend ist, was bei dieser Gelegenheit der große Dichter Anatole France zur entscheidenden Not unserer Zeit und zum Preis des proletarischen Märtyrers zu sagen wußte:

„Genau wie 1914 stehen wir heute am Vorabend des Krieges. Alle Frankreich regierenden Mächte betonen und erklären dies. Chomels sagte mal uns, als die Reichsentschlüßelung ohne allen Grund verlangt wurde: Es wird der letzte Krieg sein. Heute erklärt man uns: „Müht zum Krieg; wir werden ihn in zwanzig Jahren, in zehn Jahren, vielleicht auch schon früher haben. Vielleicht werden wir ihn aber sofort haben, wenn wir die Ruhr, die den Deutschen die Munition liefern soll, räumen würden.“

Ich weiß nichts hiervon. Ich darf auch nicht sagen, daß es unmöglich ist. Aber wer trägt die Schuld? Hat unsere Politik nicht alles getan, um diesen neuen Krieg, den man uns ankündigt, herbeizuführen und sein Kommen zu beschleunigen? Wir haben den Frieden nicht zustande gebracht. Ich agte es euch schon, die Bourgeoisie kann, noch will, noch wird sie den Frieden machen.

Der Krieg ist nicht beendet. Ihr seht es doch wohl, daß wir seit Waffenstillstand im Kriege sind. Welche Tat kann einen stärkeren und bezeichnenderen Charakter der Feindschaft tragen als die Besetzung der Ruhr? Mit Aufwand von Geist und Scherffur will man uns nachweisen, daß diese Tat notwendig sei, um in den Besitz unserer Forderungen zu gelangen. Aber glaubt ihr nicht, daß eine entschiedene und friedliebende Aktion dem Ziele näher gekommen wäre, und daß die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit einem an unser Land grenzenden Staat, der stärker an Bevölkerung, Industrie und Handel ist, uns mehr Bürgschaften für unsere Bereicherung gegeben haben würde als ein mit bewaffneter Hand geltend gemachter Anspruch, der uns bislang sehr viel gekostet hat?

Wie steht unser Volk da und in wech unwürdigen Zustand der Zerschlagung ist es verfunken? Sind wir so weit gekommen, daß wir alle Gefühle der Selbstbehauptung verloren haben und daß wir alle Dinge abwickeln lassen durch ein Parlament, das uns dem Untergang entgegenführt, und dies nicht so sehr durch glänzende Irrungen und Dummheiten des Senats als durch den Impuls der Unwissenheit und der Dummheit? Sollen wir unser Schicksal diesem Parlament überlassen?

Bürger, erinnert euch der Stimme von Jaurés: fünf Jahre vor dem Kriege sagte dieser große Mann: „Ich habe Glauben an die Möglichkeit eines europäischen Friedenskongresses. Ich habe Glauben an die Möglichkeit einer Annäherung zwischen Frankreich, England und Deutschland.“

Jaurés, ich will Dich heute nicht bewandern in der prächtigen Unsterblichkeit in Bronze und Marmor. Du würdest uns zu sehr entrückt werden. Ich will Dich sehen, wie wir Dich lebend gekannt haben. In dieser kritischen Stunde, die von schrecklichen Gefahren erfüllt ist, als unserem Leichnam erscheint, haben wir Ehren aus Deinem Weisheitsbrunnen nötig. Wir fragen Dich, unser Meister und Freund, Du Helfer der Menschheit: mahne uns und gib uns Deinen Rat!

Horch, Bürger, auf den Mann, den zu verchren ihr bisher gekommen seid und dessen Bild sich niemals irrt! Wie haben wir uns in einer bedrohlichen und tragischeren Lage befunden als dieser, die uns durch den Kurzblick und den Irrtum unserer heutigen Weisheit vordereitet worden ist.“

Tages-Neuigkeiten.

Der Prager Wahlschwindel.

Wir haben in unserer gestrigen Nummer auf die Wahlschlampereien im Prager Rathaus aufmerksam gemacht. Obwar der § 9 des Gesetzes über die ständigen Wählerlisten ganz deutlich bestimmt, daß in Gemeinden mit mehr als 5000 Wählern das Wählerverzeichnis auf Wunsch eines jeden Bürgers rechtzeitig vervielfältigt und spätestens am ersten Tage der Reklamationsfrist übergeben werden müsse, wenn sich dieser acht Tage vorher das Verzeichnis bestellt und einen entsprechenden Betrag hierfür entrichtet, ist diese Bestimmung in Prag in eklatanter Weise verletzt und das Wahlgeseß somit in grober Weise übertreten worden. Am fünften Tage der Reklamationsfrist ist das bestellte Verzeichnis den Bestellern noch nicht übergeben worden. Aber nicht genug daran, wurde auch sichergestellt, daß die bestellten Wählerverzeichnisse nicht richtig abgeschrieben wurden, daß sie sich von den in den amtlichen Stellen aufliegenden Originalen wesentlich unterscheiden. Damit wird die richtige Durchführung des Reklamationsverfahrens überhaupt hinfällig. Die Wählerverzeichnisse sind auch mit grober Nachlässigkeit hergestellt worden. Es fehlen die Namen von Tausenden Wählern, aber auch ganze Häuser sind in den Wählerverzeichnissen nicht enthalten. So führt die „Narodni Democraie“ die neuen vierstöckigen Häuser Nr. 6 und 8 in der Hollarowskyer Rudolfsgasse an, die in den Wählerverzeichnissen nicht enthalten sind. Es erregt die Frage, ob es sich hier um bewußte Absicht der Prager Rathausmänner handelt, um die Absicht nämlich, die Wahlen in Prag auf ungarische und polnische Weise zu verfälschen oder ob es sich um den Schlenker von Rathausbeamten handelt. Schließlich ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß die Buxaleute, um ihre Herrschaft zu verlängern, eine Verchiebung der Wahlen erzwingen wollen. Sind doch vor einiger Zeit Gerüchte über die Nennernennung von Mitgliedern in die Prager Verwaltungskommission durch die Presse gegangen, während andere Gerüchte offen von einer Verchiebung der Wahlen in Prag sprechen. Es wird nötig sein, sich die Wahlpraktiken der Prager Rathausherren näher anzusehen. Niemand veräume aber, rechtzeitig in die Wählerverzeichnisse Einblick zu nehmen und sich so das Wahlrecht zu sichern. Außerdem erheben wir die Forderung, daß die Reklamationsfrist unbedingt verlängert wird und daß die Wählerverzeichnisse auch über die Mittagsstunden, von zwölf bis zwei Uhr und in den Abendstunden aufliegen.

Mit Gott — für Giftgas. Die in ihren Wirkungen fürchterliche Waffe des verflochtenen Weltkrieges war zweifellos der Gasangriff, worüber das englische Kriegsministerium in seiner „Medizinischen Geschichte des Krieges“, deren zweiter Band schon erschienen ist, in der Form arabischer Tabellen eine objektive und wissenschaftlich einwandfreie Darstellung gibt. Obwohl es allgemein bekannt ist, daß trotz Abwärtstendenzen, Völkerbund und sonstigen pseudopazifistischen Bestrebungen die Chemie auf dem Gebiete der Giftgase solche Fortschritte gemacht hat, daß die Gasgeschosse und -bomben im Weltkrieg heute als nahezu harmlos gelten könnten, fördert doch die Schilderung der Wirkungen deutscher Gasgeschosse manch überraschendes Moment zutage. Zunächst wird festgestellt, daß sich die Deutschen im Laufe des Feldzuges im wesentlichen dreier Arten von Gasgeschossen bedienten, die zur Orientierung der eigenen Mannschaften mit einem gelben oder blauen, beziehungsweise grünen Kreuz, bezeichnet waren, aber eine größere Anzahl verpackter Giftgase enthielten, die wieder nach ihrer Wirkungsweise in besondere Gruppen eingeteilt wurden. Man unterschied schleimhautreizende Gase, die heftige Tränen und Husten hervorriefen, ohne dem Organismus gefährlich zu werden, vergiftende Gase, die Lähmungen und Lungenvergiftungen durch Nervengifte bewirkten, und endlich blasenzerzeugende Gase, die auf die menschliche Haut eine fürchterliche Wirkung ausübten und selbst durch das Leder der Gasmasken drangen. Allerdings kamen auch vereinzelt während des Krieges — nicht bei den Deutschen — noch fürchterlichere Giftgase zur Anwendung, die Erblindung und Wahnsinn zur Folge hatten. Vom März 1918 bis zum Ende des Krieges hielten sich die Deutschen streng an die drei Gruppen der Blau-, Gelb- und Grünkreuzgeschosse. Die Grünkreuz- und Blaukreuzgeschosse wurden bei Vorbereitungsbeschickungen oder zur gelegentlichen Belästigung des Gegners, die Gelbkreuzgeschosse dagegen zur Unhaltbarmachung bestimmter Stellungen, deren Besetzung nicht beabsichtigt war, verwendet. Letztere Methode, wobei sogenannte Senfgase zur Wirksamkeit kamen, wurde auch besonders zur Beschickung der Planen geplanter Angriffsposten benützt, während die tödlicheren Blau- und Grünkreuzgase im Frontangriff ihre verheerende Wirkung ausübten. Die medizinische Statistik der englischen Heeresleitung weist nach, daß die Verluste der britischen Truppen durch Gasvergiftungen vor dem Juli 1917 zum erstenmal festgestellten Verwendung von Senfgasen erheblich geringer waren als nachher (etwa 1000 Mann monatlich gegen 6000), dagegen sank der Prozentsatz der tödlich verlaufenen Fälle beträchtlich, weil die Abwehrmaßnahmen immer mehr vervollkommen wurden. Am gefährlichsten erwies sich das sogenannte **Wolfgangas**, das **schwere Lungenvergiftungen** hervorrief, an zweiter Stelle standen die **Phosphorgase** und am mildesten wirkten die

Senfgase. Letztere zeigten sich nur insofern hartnäckiger, als sie auf offenem Gelände und in Schützengraben tagelang ihre Wirksamkeit behielten und nur durch trodenen Chlorfall ungeschädlich gemacht werden konnten, während andere Gase durch Zerschüttung der Einschlagstrichter der Gasgeschosse mit frischer Erde leicht neutralisiert wurden. Wer kann sagen, ob nicht in hundert Jahren eine ähnliche Darstellung kriegerischer Kampfmethoden noch weit fürchterlichere Wirkungen der „heuschreckenhaften Kriegführung“ wird verzeichnen müssen?

Arbeitsgeschichte. Der Karlsbader „Deutsche Volksbote“, ein wöchentliches Ableger des „Duxer Tag“, brachte dieser Tage folgendes Gedicht:

Arbeits Kampflied.
 Kähet auf den Feind im Hinterhalt!
 Rastlos sei zum Kampf mit ihm gerüstet!
 Judas Reid, den nach Zerstörung ästet,
 Schändet eure blonde Lidtgestalt.
 Göttlich lacht in unverwelktem Blühn
 Ewig prangend die Germanenseele.
 Stärkt, daß, sie! Mach sie groß und lählic
 Jhren Trop zu hohem Kampfesglühn.
 Chaos, das der Jude, euch zu fetten,
 Tüchlich schuf, beslegt es durch des Licht!
 Einer Schlange, die im Kote kriecht,
 Raubt das Gift, das Ariertum zu retten.
 Gucitar.

„Göttlich lacht in unverwelktem Blühn“, wenn auch nicht „ewig prangend“, unferre Seele. Denn „tüchlich schuf“ Freund Gueltar dieß Gedicht, indem die Anfangsbuchstaben seiner Verse das bekannte Wort „Arbeitsgeschichte“ ergeben, das vor Jahren Karl Kraus geprägt hatte. Je schneller man dieses Wort ausspricht, desto besser wird man begreifen, daß das Hakenkreuzblättchen auf den „Feind im Hinterhalt“ nicht geachtet hat.

Noble faschistische Kampfweise. Unter dem Titel: „Die rot-weiße Sprache des schwarz-gelben Geistes“ bringt das „Celle Slovo“ eine Aufklärung darüber, wo der „Tschekenpiegel“, die Beilage der in Wien erscheinenden monarchistischen „Staatswehr“, seine Angriffe gegen Masaryk und die übrigen Staatsmänner der Republik abgeschrieben hat. Der vor kurzer Zeit im Tschekenpiegel erschienene Artikel zeige eine mehr als auffallende Uebereinstimmung mit einem Buche, das von den Rot-Weißen in Budweis herausgegeben wurde. Dieses Buch hat auf 150 Seiten so viele niedrige Verleumdungen zusammengetragen, daß es genügt, nur einige ganz kleine Proben zu bringen, um sich über den Geist des Buches zu informieren. Das Buch beginnt mit der Behauptung, daß Präsident Masaryk eigentlich Masaryk heißt und daß er zur Frau eine amerikanische Jüdin gehabt habe. Der Jude Benizel (recte Wunzer) habe für ihn die Schriften forgiert. Präsident Masaryk übe Toleranz nur den Juden gegenüber und habe sich auch für die Verjudung der Universität eingesetzt. Von Dr. Benesky bemerkt das Buch häßlich, daß er nur ein kleines Professoren war, daß er nichts verstehe und daß durch seine Schuld der Tschekoslowake die obere und untere Lausitz, der Slaker Gebirgsfessel, das Marchfeld, der Korridor nach Jugoslawien und so weiter verloren gingen. Von der Tochter des Präsidenten heißt es in diesem Buche: Sie pflegte eine konträre Liebe mit dem Befehlsgeber der jüdisch-bolschewistischen Mission Hiljezon. Dann kommen in dem Buche alle sozialistischen Minister an die Reihe. So wird beispielsweise über Tufar gesagt: Tufar, der gewesene Geschäftspraktikant lebt mit einer gewissen Wiener Jüdin im Konkubinat, die ist unsere Berliner Frau Gesandtin ist.

Die politische Zugehörigkeit der Mitglieder der Prager Gemeindevertretung. Die Gemeindevertretungen der einzelnen Gemeinden von Groß-Prag zählten heute mit Einschluß der Mitglieder der Verwaltungskommission insgesamt 1178 Mitglieder. Nach der politischen Ueberzeugung gehörten an: den tschechischen Nationalsozialisten 385, den tschechischen Sozialdemokraten 270, den Kommunisten 221, den Rationaldemokraten 192, den Merikolen 29, den Gewerbetreibenden 26, den Vereinigten deutschen Parteien 17, den tschechischen Agrariern zehn, den Jüdischnationalen neun, der Rodraepartei fünf, den deutschen Sozialdemokraten vier, den tschechischen sozialdemokratischen Linken zwei, den slowischen Sozialisten zwei Mitglieder; Parteilos sind sechs Gemeindevorteiler.

Bürokratismus. Eine in Prag wohnende Frau erhielt von der Bezirksfinanzdirektion in Prag folgende Mahnung:

„Nach Blatt Zahl 1297-23 haben Sie eine Verleugung für ein Gesuch um eine Stelle bei der Landeshochschule für die soziale Fürsorge der Arbeitsbeschäftigten, das Sie am 9. Februar 1923 eingereicht haben, nicht getempelt. Auf die Verleugung gehört ein 50 Heller-Stempel. Sie werden daher aufgefordert, den ermäßigten Betrag von 50 Heller binnen acht Tagen nach Erhalt dieser Zusage mittels des beiliegenden Eragscheines beim Schreibeamt auf Rechnung des Rentamtes in Prag zu bezahlen, widrigenfalls von Ihnen mittels Postauftrag nicht nur dieser ermäßigte Betrag, sondern auch der gesetzlich erhöhte im Ausmaße von einer Krone eingehoben werden wird.“

Der Leser kann sich vorstellen, welchen Weg diese Mahnung durchzumachen hatte und wie viel Papier und Zeit verbraucht wurde, um der Republik 50 Heller zu retten.

Erbschaftserwerb mit Hindernissen. Unser Karlsbader Bruderblatt berichtet über einen Erbschaftsprozess, den drei Parteien, denen über die mehrere Jahre währende Dauer des Prozesses bereits die Geduld ausgegangen war, durch ein rabiaties Mittel beenden wollten. Vor mehr als

drei Jahren verstarb nämlich ohne Hinterlassung eines Testaments eine Frau, die Besitzerin eines ziemlich großen Barvermögens und zweier wertvoller Häuser war. Die Anzahl der Erben soll weit über hundert Personen umfassen. Vor einiger Zeit hieß es zwar, daß die langwierige Angelegenheit ihre Erledigung gefunden habe, aber nun soll wieder die gerichtliche Gebührenbemessung eine neue Verzögerung herbeigeführt haben. Die Häuser, nun bereits drei oder vier Jahre geschlossen, bildeten schon oft den Gegenstand des Staunens der fremden Gäste und noch mehr den begreiflichen Reiz und Ärger der einheimischen Wohnungsuchenden, denen es bei größter Anstrengung nicht gelang, eine Wohngelegenheit zu finden. Nun wollten am Samstag drei der erbberechtigten Leute kurzen Prozeß machen: Sie zogen einfach in das Haus „Mailand“ (Lutherstraße) ein. Sie führten mit ihren Möbeln vor und „besetzten“ je einige Zimmer, die ihnen gerade geeignet schienen. Der Erbschaftsanwalt, der von dieser Einquartierung in Kenntnis gesetzt wurde, erschien sofort, konnte jedoch nichts ausrichten. Er rief die Hilfe des Gerichtes an und dieses „delegierte“ die Polizeibehörde, die eigenmächtig eingezogenen Erben wieder zu delogieren. Das war wohl leicht gesagt, aber bedeutend schwerer getan. Die Leute weigerten sich entschieden, die Wohnungen zu verlassen und mehrere Polizeileute und Gerichtsvollzieher hatten große Mühe, den ihnen erteilten Aufträgen, die Delogierung unter allen Umständen vorzunehmen, auch wirklich auszuführen. Die sich dabei ergebenden ziemlich geräuschvollen Szenen riefen ein großes Aufsehen hervor, umso mehr, da selbst am Sonntag noch ein Doppelposten den Hauseingang bewachte.

Die Rüstungen der österreichischen Heimwehren. Im niederösterreichischen Piestingtal sind Arbeiter einem großangelegten Waffenschmuggel auf die Spur gekommen, der sich unter Beihilfe, mit Wissen und Unterstützung der Gendarmerie vollzogen hat. In der Nacht vom 3. auf den 4. Mai fuhr beim Gasthof Rauf in der Gemeinde Markt Piesting ein vollbeladenes Auto mit vier Leuten in Chauffeurkleidung vor. Der Gendarmerieinspektor Schrötter hatte das Auto erwartet und hielt, während das Auto entladen wurde, vor dem Tor Wacht. Es wurden abgeladen 10 Kisten mit je 30 Mannlichergewehren. Noch in derselben Nacht wurden die Gewehre aufgestellt. In der darauffolgenden Nacht wurden in Gegenwart von Gendarmen die Kisten verbrannt und ein Teil der Gewehre mit einem Lastauto weggeführt. Bei dieser Waffenverschleppung leistete die Gendarmerie Assistentz. Die Arbeiterschaft wendete sich sofort an die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit der Forderung, die Gendarmen von ihren Posten zu entheben und in gerichtliche Untersuchung zu ziehen. Die Landesregierung erklärte, daß sie über die pflichtvergesessenen Gendarmen die Untersuchung verweigert habe.

Unwahre Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit in Oesterreich. Gegenüber den Darstellungen der Regierung, daß die Arbeitslosigkeit in Oesterreich abnehme, hat Dienstag im Nationalrat Genosse Böjser festgestellt, daß es sich dabei nur um den Versuch des Ministeriums für soziale Verwaltung handele, künstlich auf dem Papier die Zahl der Arbeitslosen herabzusetzen, während in Wirklichkeit keine Änderung eingetreten ist. — In diesem Zusammenhang sei auch der Beschäftigten der österreichischen Auslandsvertretungen gedacht, die offenbar im Auftrage ihres Wiener Chefs, des Präsidenten Seipel, die bürgerliche Presse mit — wie wir sehen, erlogenen — rosigen Stimmungsberichten bombardieren. Auch den Prager Zeitungen wird seit Wochen mit großem Eifer und wenig Erfolg die „Abnahme der Arbeitslosigkeit in Oesterreich“ eingebläut. Was doch alles erhalten muß, um den Ruhm Seipels als den Retter Oesterreichs zu befestigen!

Mafregelung italienischer Eisenbahner. Mussolini hat 2464 Eisenbahner angeheißt wegen Alters- und Leistungsunfähigkeit entlassen. Die sozialistische Presse behauptet, die Entlassung der Eisenbahner sei hauptsächlich wegen ihrer Zugehörigkeit zur sozialistischen Eisenbahnergewerkschaft und der Teilnahme an den letzten Streiks erfolgt. In den größeren Städten war die faschistische Miliz zur Verhinderung von Zwischenfällen aufgestellt worden.

Amundsen's Flug zum Nordpol gescheitert. Aus Christiania wird vom 18. Juni gemeldet: Der Verteidigungsminister hat folgendes Telegramm erhalten: „Erhielt soeben von meinem Bruder Roald Amundsen folgende Depesche: Unerwarteter Probeflug, 11. Mai, Resultat sehr unbestriedigend, bedauerer genötigt zu sein, Flug aufzugeben.“ An den Kapitän der „Fram“, Herrmannsen, ist darauf folgendes Telegramm abgesendet worden: „Amundsen hat Flug aufgegeben, zurückkehrt schnellstens mit Expedition.“

Aus der Geschichte der Aetna-Ausbrüche. Europas mächtigster und höchster Vulkan ist zugleich auch unter den feuerpeinenden Bergen unseres Erdteils der lästigste. Sein Willkürbruder, der Vesuv, der sich bei seinen glücklicherweise selteneren Eruptionen drohend und majestätisch erhebt, und dessen schwere Ausbrüche nicht minder katastrophal als die des Aetna wirken, ist neben diesem doch nur ein Anieps; denn das Aetnaberg ist reichlich dreifach so groß wie das des Vulkans von Neapel. Der Stromboli auf der gleichnamigen liparischen Insel ist noch winziger, wenngleich auch er niemals auch nur für einen einzigen Tag zur Ruhe kommt. Aber der Vesuv, bis zum Jahre 79 nach Chr. ein fürchterlicher gellender Vulkan, und erst der fürchterliche Ausbruch, dessen stoffliche Schilderung wir dem jüngeren Plinius verdanken, und dem die Städte Herculaneum und Pompeji zum Opfer

fielen, zeigte den Römern, daß sie sich an den Abhängen eines Vulkans ihre Landhäuser und Luststätten gebaut hatten. Doch die außerordentliche Fruchtbarkeit und die landschaftlichen Reize des Vesuvs sowohl wie des Aetnaberges ließen bald nach jeder Katastrophe alle Sorgen und Bedenken wieder zurücktreten, und so ist auch heute der weite Umfang des Aetnaberges von mehr als 400.000 Menschen dicht bewohnt. Allein aus historischer Zeit kennt man rund 40 katastrophale Eruptionen, darunter elf Ausbrüche aus der Zeit vor Christi Geburt, unter denen die von 477 und 121 nach den geschichtlichen Ueberlieferungen am größten waren. Historisch bezeugt ist auch der Ausbruch des Jahres 396 v. Chr. Aus dem ersten nachchristlichen Jahrtausend fehlt es an zuverlässigen Aufzeichnungen über große Aetnausbrüche; aber man darf annehmen, daß diese auch zu jener Zeit nicht gekehrt haben, und daß nur der um die Mitte des ersten nachchristlichen Jahrtausends erfolgte Untergang der römischen Kultur die Ursache ist, wenn wir aus jenen Zeitaltern von großen Aetnausbrüchen nichts wissen. Einer der gewaltigsten Ausbrüche des Mittelalters war der vom 4. Februar 1169, mit dem ein fürchterliches Erdbeben verbunden war. Es zerstörte fast ganz Sizilien und Calabrien; in Catania blieb kein Stein auf dem andern und die Katastrophe muß von der gleichen fürchterlichen Gewalt gewesen sein wie die, der am 28. Dezember 1908 Messina zum Opfer fiel. Die überlebenden Bürger von Catania mußten sich mit Mühe einen Weg durch den Aschenregen und die glühenden Steine bahnen, die der Aetna auswarf. Zweihundert Jahre später, 1329, wurde Catania von neuem verwüstet, dann vergingen aber zwei Jahrhunderte ohne jede größere Katastrophe, und an den Abhängen des Aetna entstanden die meisten Ortschaften und Ziedlungen, die bis zum heutigen Tage blühen. Reicher an fürchterlichen Ausbrüchen als irgend ein anderes war das 17. Jahrhundert; von 1603—1620 war der Berg fast in beständiger Tätigkeit, aber alle diese Katastrophen bedeuteten nicht gegen das Erdbeben und den Ausbruch von 1669. Am 11. März des Jahres bildete sich oberhalb Nicolosi ein riesiger Spalt; aus Schlote und Röhre entstanden damals die beiden Monti Rossi, und die Lavamassen, 4300 Meter breit, wälzten sich südwärts gegen Catania, drückten die Stadtmauern ein und flossen durch den Westen der Stadt ins Meer, wo sie einen Teil des Hafens ausfüllten und die Küste weit vorhoben. 12 Städte und Dörfer waren ganz oder teilweise, sechs andere durch die Erdbeben zerstört. Im 18. Jahrhundert gab es drei, im 19. Jahrhundert 15 Verderben bringende Ausbrüche.

Eine Stadt unter dem Hammer. In amerikanischen Blättern findet man die Angabe, daß demnächst eine Stadt versteigert werden soll, die in den Infernen ausdrücklich als „garantiert neu“ angepriesen wird. Sie umfaßt ein Areal von 15 Hektar Gelände, enthält 300 Häuser, darunter einen Gasthof mit 152 Zimmern und eine öffentliche Autogarage mit zwölf Wagen. Die Stadt verfügt über alle modernen Bequemlichkeiten, wie Gas, Wasserleitung, Elektrizität, Kanalisation und Asphaltstraßen mit zementiertem Bürgersteig. Außerdem besitzt jedes Haus seinen eigenen, kleinen Gemüsegarten. Wer sich von der Wahrheit der Tatsache überzeugen will, braucht nur wenige Kilometer von New York über Land zu fahren, um das Wunder mit eigenen Augen zu sehen. Die in Frage kommende Stadt ist die vierte der Gartenstädte für Arbeiter und Angestellte, die, um der Wohnungsnot zu steuern, in Amerika angelegt wurden. Sie führt den bescheidenen Namen „Buckmanheim“. Diese Ziedlungstädte werden nach ihrer Fertigstellung Arbeiterhütten oder Angestelltenvereinigungen verkauft, die ihrerseits ihren Mitgliedern die Häuser oder Zimmer zum Selbstkostenpreis vermieten.

Die Kleinhändlerpreise in Groß-Prag vom 19. bis 25. Juni betragen für ein Aequarom mit Zitrone: Zuländisches Rindfleisch, Vorderes 1. Qualität bis 15.50 K., 2. bis 13.50 K., hinteres 1. bis 18 K., 2. bis 13 K.; Kalbfleisch, Vorderes bis 14 K., hinteres 17 K.; Schöpfernes bis 12.50, hinteres bis 15.50 K.; Schweinernes, Vorderes bis 18.50, hinteres bis 19.50 K.

Selbstmord zweier Brüder. Familienmitglieder haben in Pilsen zwei Brüder zu dem Entschlusse gebracht, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Der eine, der 23jährige Ant. Platenit aus Kesthan, erschloß sich Sonntag früh in einem Pilsner Hotel mit einem Revolver, der andere, Josef, Arbeiter im bürgerlichen Pränahaus, brachte sich Montag mit einem großen Messer Stiche in die Herzgegend bei und wurde mit mehreren Verletzungen in das Spital überführt, wo er mit dem Tode ringt.

Ein Wort in Eichwald.

Teplitz, 19. Juni. (Eigenbericht.) Montag abends kamen in das Gasthaus „Marienhof“ in Eichwald bei Teplitz zwei Sachsen, die sich gegen halb neun Uhr entfernen wollten, ohne die Rechnung bezahlt zu haben. Der Wirt Benzel Bradatsch schickte nach der Gendarmerie und suchte in dessen den beiden Jachpresslern den Weg zu verlegen. Da zog der eine von ihnen einen Revolver und schoß Bradatsch in den Bauch. Dieser gab aber den Weg noch frei. Erst als der Zweite ihn durch einen Schuß in der Herzgegend verletzete, mußte er sie entfliehen lassen. Passanten verfolgten die Mörder, wurden aber durch Revolvergeschüsse verschreckt. Hinter der „Wiener Brettsäge“ verschwanden die beiden im Dickicht. Bradatsch verschied nach ungefähr einer Stunde. Die Nachforschungen nach den Tätern waren bis jetzt erfolglos. Bradatsch war 52 Jahre alt und ein langjähriger Genosse. Der Mord ereignet im Teplitzer Bezirk ungeheures Aufsehen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Staatliche Streikbrechervermittlung.

Ein staatliches Arbeitslosenamt vermittelt Arbeitslose unter Androhung des Entzuges der staatlichen Arbeitslosenunterstützung und Ausschlusses aus der staatlichen Arbeitslosenfürsorge zu einer bestimmten Firma.

Die Firma Sibus, Silberwarenfabrik in Mährisch-Trübau, hatte vor einigen Wochen sämtlichen Arbeitern wegen angeblichen Mangels an Aufträgen gekündigt. Während der Kündigungsfrist fanden im Verein eines Vertreters des Brüner Gewerbeinspektorates und der politischen Bezirksverwaltung Verhandlungen statt, die deshalb zu keinem Resultat führten, weil die Firma die Zurücknahme ihrer Maßnahme davon abhängig machte, daß neben einem 30-prozentigen Lohnabzug 34 Arbeiter entlassen werden sollten, darunter auch Vertrauensmänner der Arbeiter und ferner Arbeiter, die schon 25 Jahre im Betrieb beschäftigt waren. Als die Verhandlungen scheiterten, stellte sich die Firma auf den Protestpunkt und erklärte, sie werde die Arbeiter zu jenem Lohne wieder aufnehmen, der ihr passe. Die Arbeiterschaft verurteilte dieses Vorgehen aufs Schärfste und die Organisation entschloß sich, über die Firma die Sperre zu verhängen. Die Firma sucht nun in allen Gegenden Arbeitswillige. Bei der Prognitiver staatlichen Arbeitslosenfürsorge wurden 50 Arbeitswillige angefordert. Es kamen vier Mann, die aber sofort Mährisch-Trübau verließen, als sie von dem Streik erfuhr. Bei der Firma Johann Wagner, Metallwarenfabrik in Mährisch-Trübau, stellten 24 Mann die Arbeit ein, weil bei 48stündiger Arbeitszeit der Akkordverdienst durchschnittlich 85 Kronen betrug. Dieser Verdienst entspricht nicht einmal den Lohnbestimmungen des Kollektivvertrages. Die Firma bemühte sich ebenfalls um Arbeitswillige. Sie wandte sich an die örtliche amtliche Vermittlungsstelle und verlangte die Adressen von arbeitslosen Metallarbeitern, die sie vor vier Monaten wegen Mangels an Aufträgen entlassen hatte. Statt daß nun das Amt die Firma belehrt hätte, es habe sich nicht mit der Vermittlung von Streikbrechern zu beschäftigen, fandte mit Zustimmung des Amtleiters Kabela der Staatshilfssekretär Stjepanek an die betreffenden Arbeiter dringende Zuschriften, daß sich jeder binnen 24 Stunden bei der Firma Wagner zur Arbeit zu melden habe, widrigenfalls die Arbeitslosen der staatlichen Arbeitslosenfürsorge verlustig gehen. Diese unerhörte Stellungnahme veranlaßte eine Intervention des Metallarbeiterverbandes durch die Genossen Jilka und Lindner. Beide wurden vom Herrn Kabela in einer nicht gerade höflichen Weise an den Sekretär Stjepanek gewiesen, der ihnen erklärte, daß er in dem Vorgehen keine ungesetzliche Handlung erblicken könne. Er bestätigte die Entsendung von Streikbrechern zu der streikenden Firma durch das Amt und bemerkte, es sei Pflicht der Arbeitslosen, die Arbeit anzunehmen, wenn es der Unternehmer verlange. Genosse Jilka machte den ziemlich unerfahrenen Herrn auf die Konsequenzen seines Tuns aufmerksam, worauf ihm erwidert wurde, man könne ja gegen den Beschluß rekurrezieren und die Arbeitslosenunterstützung aus den Verbandsmitteln beziehen; indessen bleibe es jedoch bei der ersten Entscheidung. Damit ist von amtlicher Stelle erklärt worden, daß dieses staatliche Amt auch weiterhin Streikbrecher vermitteln wird.

Es wäre nun interessant, zu erfahren, was die politische Landesverwaltung in Brünn und das Ministerium für soziale Fürsorge zu diesem unerhörten Vorgehen der politischen Bezirksbehörden zu sagen haben. Um die Stellungnahme dieser beiden Instanzen zu erleichtern, verweisen wir auf das Geses vom 29. Juli 1921, Zahl 267, wo es im § 6, Absatz 2 heißt: „Der Arbeitslose ist nicht verpflichtet, in Betrieben Arbeit anzunehmen, wo ein Streik oder eine Aussperrung ist.“ Der verantwortliche Leiter des Fürsorgeministeriums, der tschechische Sozialdemokrat Dobrman wird nicht unrichtig können, Antwort zu geben auf die Frage, ob die Amtshandlungen dieser ihm unterstellten Amtsglieder sich mit seiner Auffassung decken, beziehungsweise, ob er glaubt, daß diese Organe, die sich in so herausfordernder Weise über den klaren Sinn des Gesetzes hinwegsetzen, geeignet sind, länger ihre Funktionen zum Schaden schwer kämpfender Arbeiter auszuüben.

Vor einem Lohnkonflikt in der Glasindustrie.

Erpreisungsversuche des Gablonz-Tannwalder Scharfmacherlängels.

Wenn die Glasindustrie in diesem Staat im allgemeinen sehr schwer unter der Wirtschaftskrise zu leiden hat, so trifft dies — wie wir schon gestern ausführten — nicht in dem Maße für die Produktion des Luxus und Schmuckartikels in den Glashüttenbetrieben des Gablonz-Tannwalder Gebietes zu. Während in anderen Gebieten die Betriebe seit Monaten gesperrt werden mußten, war es hier möglich, eine Arbeitsparität von drei bis vier Tagen pro Woche zu erhalten. Aber trotz dieser Beschäftigungsmöglichkeit haben die in den Glashütten des Gablonz-Tannwalder Gebietes beschäftigten Arbeiter ebenfalls schwer gelitten, weil ja zu der verminderten Arbeitszeit im September 1922 eine Lohnreduzierung von 10 bis 40 Prozent hingenommen werden mußte. Nun ist in den letzten Wochen in den beiden Branchen eine bedeutende Verbesserung

eingetreten und es wäre die Möglichkeit gegeben, daß sich die Arbeiterschaft ein wenig hätte erholen können. Doch schon treten die Unternehmer auf den Plan, sie kündigen den Vertrag und verlangen eine bedeutende Verschlechterung der Urlaubsbestimmungen und eine neue liche Reduzierung der Löhne um 5 bis 20 Prozent. Dabei ist es bezeichnend, daß in der vertraglichen Vereinbarung der Urlaubsanspruch für das Jahr 1923 voll und ganz erworben wurde. Dennoch setzen sich die Unternehmer über dieses erworbene Recht hinweg und verlangen eine Kürzung des Urlaubsanspruches um 50 Prozent. Die Arbeiterschaft hatte dieses Ansuchen selbstverständlich entschieden abgelehnt. Nun suchen die Glashüttenbesitzer, in den anderen Gebieten würdige Verbündete und sie haben auch tatsächlich erreicht, daß seit dem 16. Juni durch öffentlichen Aufschlag versucht wird, den Glasarbeitern in anderen Betrieben neue, verschlechterte Urlaubs- und Lohnbedingungen zu diktiert. Gleichzeitig drohen sie den Arbeitern, die sich nicht unterwerfen würden, für den 30. Juni die Entlassung an. Die Betriebsausschüsse in den einzelnen Hütten haben gegen diese angekündigte Massenentlassung Verwahrung eingelegt. Begreiflicherweise ruft diese Scharfmacherei unter der Arbeiterschaft eine große Verbitterung hervor, dies umso mehr, als die Unternehmer offen erklären, daß auch dann, wenn eine Lohnreduzierung und eine Verschlechterung des erworbenen Urlaubsanspruches zustande kommt, an eine Verbilligung des Rohglases (und darum handelt es sich ausschließlich in diesen Hütten) nicht gedacht werden kann. Durch das brutale Vorgehen der Unternehmer haben sich die Verhältnisse in den Glashüttenbetrieben des Gablonz-Tannwalder Gebietes derart zugespitzt, daß ein offener Konflikt auszubrechen droht. Verharren die Herren auf ihrem Diktat und führen sie die angekündigten Entlassungen durch, dann ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß Ende dieses Monats eine Situation eintritt, welche eine Gefahr für das gesamte nordböhmische Industriegebiet bedeuten müßte und für die einzig und allein die Unternehmer die Schuld zu tragen haben werden.

Marklatastrophe und Arbeiterlöhne.

Die Verhandlungen der Spigenorganisationsminister Reichsarbeiter mit dem Reichsfinanzministerium haben Montag zu einer Einigung geführt. Der Stundenlohn für den gelernten Arbeiter beträgt ohne Ortszulage, die bis zu 58 Prozent erhöht werden kann, 4560 Mark. Die Verhandlungen über die Bezüge der Reichsbeamten und Angestellten werden weiter geführt. — Durch den fortwährenden Anstieg der Mark und die Verteuerung der fremden Zahlungsmittel sind die vor zwei Tagen erzielten Stundenlöhne wieder weit überholt, woran auch zu erkennen ist, daß in allen Situationen die Arbeiterschaft die Fische zu zahlen hat.

Polen — der weinende Dritte.

Im Zusammenhang mit dem Rückgang der polnischen Mark bringen die Warschauer Blätter folgende, offenbar inspirierte Mitteilung: „Die polnische Mark sinkt seit mehreren Tagen in dem gleichen Verhältnis wie die deutsche Reichsmark. Es ist daher klar, daß der Ausrückgang der polnischen Mark durch die Finanzkrise in Deutschland verursacht worden ist. Der ökonomisch schwächere wirtschaftliche Organismus Polens kann vorläufig die Einwirkung dieser Krise nicht überwinden. Die Einwirkung der wirtschaftlichen Katastrophe Deutschlands auf die finanzwirtschaftliche Situation Polens ist insbesondere durch die stark entwickelten Handelsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland verursacht worden. Der polnische Export geht zumindest zu 70 Prozent nach Deutschland, andererseits entfallen 40 Prozent des polnischen Importes auf Deutschland.“ — (Die Polen sind nicht so leicht in Verlegenheit zu bringen. Die deutsche Reichsmark fällt und hat bereits das Bettelniveau erreicht, in dessen unmittelbarer Nähe seit jeher die Währung des polnischen „Siegerstaates“ ihr Dasein fristet. Nun sollen aber nicht allein die deutsche und die polnische Mark, auch die französischen und belgischen Franken erfahren am eigenen Leibe, daß man nicht ungestraft in Nachbarhäuser einbrechen und zerstören kann. Die Markwährung der polnischen Zählachzenteinheit, die auf Tod und Leben, und das alles für ungezählte Millionen Goldfranken, mit Frankreich verbunden ist, fällt vor allem, weil der Wert des französischen Franken täglich aufs neue erschüttert wird. Ein bankrottes Staatswesen außerdem, das sich den Luxus einer stehenden Armee von vielen hunderttausenden Soldaten gestattet, ein Land, dessen kümmerliche Industrie überall auf dem Weltmarkt der Konkurrenz entwickelter Nachbarindustrien unterliegen muß, und das die größte Arbeitslosigkeit in Europa aufweist, kann noch weniger auf eine Gesundung seiner zerrütteten Staatswirtschaft und damit seiner Währung rechnen, als jedes andere.)

Aus der allrussischen Ausstellung sind die für Deutschland, Holland, Ostpreußen, Schweden, Dänemark, Lettland und Estland bestimmten Zentren vollständig ausverkauft. Von den amerikanischen Firmen haben sich noch die Internationalis Gesellschaft für Säemaschinen, die Nähmaschinenfabrik Singer, die Standard Oil Company u. a. angemeldet.

Devilenturle.

Die tschechische Krone notiert in:

| | | |
|--------|-------------|----------|
| Berlin | Schw. Franc | 14,71:50 |
| Wien | östr. Kr. | 44,5:00 |
| Paris | franz. Fr. | 2130,00 |

Prager Kurse am 19. Juni.

| | Gold | Ware |
|-----------------------|-----------|-----------|
| 100 holl. Gulden | 13,03 00 | 13,07 00 |
| 10.000 Mark | 2,25 00 | 2,75 00 |
| 100 belg. Franks | 175,25 00 | 176,75 00 |
| 100 schweiz. Franks | 601,75 00 | 604,25 00 |
| 1 Pfund Sterling | 158,12 50 | 154,62 50 |
| 100 Lire | 150,25 00 | 151,75 00 |
| 1 Dollar | 33,50 00 | 33,00 00 |
| 100 franz. Franks | 207,75 00 | 209,25 00 |
| 100 Dinar | 37,50 00 | 38,00 00 |
| 10.000 ungar. Kronen | 38,00 00 | 38,00 00 |
| 10.000 poln. Mark | 2,00 00 | 2,50 00 |
| 10.000 österr. Kronen | 4,52 50 | 5,02 50 |

Züricher Schlusskurse am 19. Juni.

| | Gold | Ware |
|----------|------------|------------|
| Paris | 34,40 00 | 34,60 00 |
| London | 25,72 00 | 25,74 00 |
| Berlin | 0,00,34 00 | 0,00,37 00 |
| Wien | 25,15 00 | 25,20 00 |
| Mailand | 218,50 | 218,50 |
| Holland | 0,00,78 50 | 0,00,78 75 |
| Wien | 0,00,50 | 0,00,50 |
| Budapest | 16,70 00 | 16,73 00 |
| Brag | 5,56 50 | 5,57 12 |
| New York | 6,15 00 | 6,30 00 |
| Warschau | 0,00,35 00 | 0,00,45 00 |

Kunst und Wissen.

Sechstes (letzes) philharmonisches Konzert.

(Neues Deutsches Theater, 18. Juni 1923.) Dieses Konzert hat den Beweis erbracht, daß auch Konzerte Stil haben können. Die mitwirkende Kammergängerin Frau Gertrude Hoerl (Wien) hatte ihre Kunst ganz der stilistischen Planmäßigkeit untergeordnet. Daß sie infolgedessen auf jede solistische Brauourauferung verzichtete, sei ihr doppelt hoch anzurechnen; umso mehr, als Fr. Hoerls Stimme durchaus nicht mehr jenen taufischen Reizentou ihr eigen nennt, der uns so entzückt, als sie vor mehr als zwanzig Jahren ihren ersten großen Erfolg auf der Bühne unseres deutschen Theaters errang. Es wäre also nur begreiflich gewesen, wenn die Künstlerin nach dankbareren und mehr auf die große Wirkung beim Publikum ausgehenden Gesangsnummern zugegriffen hätte. Weder die Mozartsche Konzertarie mit Begleitung des Orchesters und einer obligaten Violine noch die Mahlerschen Lieder mit Orchesterbegleitung vermochten den richtigen Begriff von der Höhe ihrer gegenwärtigen Gesangskunst zu vermitteln. Möglich, daß auch eine leichte Indisposition die Sängerin an ihrer vollen Kunstentfaltung hinderte und die Schärfe und Farblosigkeit einzelner Töne unangenehm hervorgerufen ließ. Jedenfalls erntete in den wunderbaren Liedern Mahlers, jenen Liebern, die Mahlers echte Kunst, sein edelstes Empfinden und seine stärkste Ausdruckskraft offenbaren und in denen sich jener neue, typisch Mahlersche Stil des dramatischen, von einem musikalischen Grundgedanken beherrschten Liedes kundgibt, der Tonbildner den eigentlichen Erfolg, der sich auf die nachschaffende Künstlerin nur als Mittelglied übertrug. Das Programm des Konzertes war eines der glücklichsten, die uns im Reigen der diesjährigen philharmonischen Konzerte beschieden wurden. Beethovens köstliche, so vollständig anmutende Pastoral-Symphonie in der sein abgeleiteten und prächtig gegliederten Wiederergabe Zemlinsky und die bereits genannte Konzertarie Mozarts bildeten den klassischen ersten Teil, vier Orchesterlieder Mahlers und Max Regers Mozart-Variationen den modernen zweiten Abschnitt. Regers prächtige Mozart-Variationen würden aus mehrfachen Gründen vollständigste Verbreitung verdienen. Wenden sie doch ein Originalthema unfires großen Mozart ab, das dieser selbst in seiner Klavierfonate in A-Dur (Frühlings-Sonate genannt) in Variationsform behandelt hat; und dem ob seiner Vielmöglichkeit und Vollständigkeit ein Text in einem heute in fast allen Schul-Liederbüchern enthaltenen Frühlingslied („Lieder gib mir“) unterlegt wurde. Reges, der gewaltige Kontrapunktist und imponierende Orchesterdirigier, hat mit diesen Variationen — die Variationsform war neben der Orchesterkomposition dieses letzten großen „abschließende“ Musikers ureigenstes Gebiet — Mozart und sich selbst ein bleibendes Denkmal gesetzt. Zemlinsky als Dirigent des genussreichen Konzertes, dem auch ein guter Besuch beschieden war, war trotz der mit dem Konzerte verbundenen Zeitenspannung doch der eigentliche Held des Abends und mit ihm jeder einzelne Spieler seines braven Orchesters.

Neues Theater.

Heute Mittwoch „Die gestohlene Stadt“, Donnerstag „Der blonde Engel“, Freitag „Morha“, Samstag „Hans Heiling“, Sonntag abends neueinstudiert „Orpheus in der Unterwelt“.

Kleine Bühne.

Morgen Mittwoch „Der blonde Engel“, Freitag „Die kleine Zünderin“, Samstag „Romisch Guckerl“, Sonntag abends „Leonce und Lena“.

Aus der Partei.

Kreisorganisation Reichenberg.

Die Kreisorganisation in Reichenberg hielt am Sonntag, den 17. d. in der Vereinshalle in Reichenberg ihre diesjährige Kreisversammlung ab, die gut besucht war und einen zufriedenstellenden Verlauf nahm. Für den Parteivorstand war Genosse K r e m e r, Tepitz, erschienen. Die Berichte erstatteten Sekretär Genosse L e i n m ü l l e r und Kreisleiter Genosse D r o h l a v. Aus den Berichten ging hervor, daß die Kreisorganisation infolge der wirtschaftlichen Krise und der heftigen Gegnerschaft der fanatisierten Kommunisten zwar langsame, aber doch Fortschritte aufzuweisen habe und daß die im abgelaufenen Jahre angeknüpften neuen Verbindungen für die nächste Zeit die Gründung neuer Lokalorganisationen erwarten lassen. Besonders betont wurde, daß es gelungen ist, trotz aller Hebe selbst in J w i d o u eine Lokalorganisation zustande zu bringen, die stets neue

Mitglieder gewinnt. Zu den Berichten sprach dann ergänzend Genosse Rudolf Bahr für die Jugendlichen. Das erste Referat erstattete Genosse Anton Schäfer, der die Bedeutung des Samburger Kongresses und seinen Einfluß auf unsere künftige Tätigkeit besprach und dessen Ausführungen mit lebhaftem Beifall und ohne Debatte zur Kenntnis genommen wurden. Das zweite Referat über Organisation und Presse, das Genosse Anton Roscher inne hatte, löste eine lebhaft, aber durchaus sachliche Debatte aus, worauf die vorliegenden Anträge angenommen und überdies der neue Kreisauschuss beauftragt wurde, in chester Zeit einen Agitationsplan auszuarbeiten. Die Ausführungen des Genossen Hermann Stadl über die kommenden Gemeindevahlen wurden ebenfalls zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach den hierauf vorgenommenen Neuwahlen wurde beschlossen, daß die Senatoren und Abgeordneten Ant. Roscher, Eduard Hausmann, Wilhelm Kiefler, Hermann Stadl und August Feder berechtigt sind, an den Sitzungen des Kreisauschusses teilzunehmen. Nach Erledigung des letzten Punktes, Parteiangelegenheit, bei welchem noch ein Antrag der Lokale Ruppertsdorf Annahme findet, schloß Genosse W a n i e k mit einigen anfeuernden Worten die Tagung. Unter Abkündigung des Liedes der Arbeit gingen die Delegierten auseinander.

Die Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Bezirkes Bism, die dieser Tage stattfand, hatte unter Ungunst der Witterung zu leiden. Fast alle Vertreter haben einen Fußmarsch von ein bis zwei Stunden zurückgelegt und wenn es da regnet, so schrecken doch die meisten vor einem solchen Marsch zurück. Nichtabkömmlicher waren doch die meisten Gemeindevetreten, allerdings nur durch wenige Vertreter. Von der Kreisvertretung war Gemeindevorsteher Genosse Werner als Beauftragter delegiert und außerdem wohnte auch der Kreisvertrauensmann Abg. Genosse Dirich der Konferenz bei. Genosse Werner besprach die Aufgaben, welche nun zu erfüllen sind, um bei der Wahl der Gemeindevertretung keine unangenehme Ueberraschung zu erleben und konstatierte, daß sich unsere Fraktionen mit ihrer Tätigkeit nicht zu verdecken brauchen und die Verantwortung vor der Wählerschaft nicht zu fürchten haben. Nach einer sich an das Referat anschließenden Debatte fand mit einem Schlusssatz des Referenten die Konferenz ihren Abschluß.

Mitteilungen aus dem Publikum.

An Qualität unerreicht, im Preise billig, jede Konkurrenz weicht vor Koh-i-Noor billig.

Erste Prager Fliegenlängerfabrik Prag-Brävoice Nr. 448/V. 1680 a

Reifen Sie nicht, bevor Sie Ihre Bilder im Photo Studio Prag Václavské 15 anfertigen lassen. 1702

Distanzmarsch Prag — Wajnsk 30 Kilometer. Einen hervorragenden Erfolg hatte das vom Bedestramshklub, Prag, veranstaltete Wettsgehen, in dem der von Stehoffer (Elscherhalm) geführte tschech. Rekord auf dieser Strecke nicht nur vom Berliner Müller, sondern auch von Wojtsch Eiza (Bedestramshklub) geschlagen wurde. Bemerkenswert ist, daß bei diesem Wettsgehen der größte Teil der Teilnehmer den echten Palma Rautschuk Abtag trugen und die nicht gerade über eine hervorragende Straße führende 30 Kilometer führende Strecke ohne jedes ersichtliche Zeichen von Ermüdung bei tadelloser Fußhaltung zurücklegten. Nicht übersehen werden darf, daß der größte Teil der Sieger diesen Abtag trug und sich äußerst lobend über die Effizienz und hervorragende Qualität desselben ausgesprochen, der trotz kürzlicher Inanspruchnahme nicht die geringste Spur von Abnutzung zeigte. 1690 a

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Tsch. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holl.

Jodbad Darkau Ost-Schles. c. s. r.

Station der Kaschau-Oderberger Eisenbahn. Stärkstes Jodsol-Brombad gründl. den hyg. Anforderungen entspr. ebend. renoviert, einziges Bad, wo in reiner Jodsol gebadet wird, höchst erfolgreich bei Skrophulose, Syphilis in allen Stadien (auch voraltete Formen), Tuberkulose der Knochen, Gelenke, Frauenleiden, chronische Hautleiden, Arterienverkalkung usw., besonders günstig für Kinder. Kinder-Pensionat für Kinder ohne Begleitung. Kurrestoration in Eigenregie. 1636 Saison vom 1. Mai bis 30. September. Prospekte u. Auskünfte d. die Badeverwaltung.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002

empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktoren, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Selbmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb

Warnung !! 1680

Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährten Fliegenlänger

KOH-I-NOOR

Erste Prager Fliegenlänger-Fabrik Prag-Brävoice Nr. 448/V. Tel. 7999.